

Fritz Breuss

Österreich, Finnland und Schweden in der EU

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Integration der EU machte in den letzten zehn Jahren große Fortschritte. Nach der Schaffung des Binnenmarktes 1993 erreichte die EU 1999 mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der einheitlichen Währung Euro die höchstmögliche Stufe der wirtschaftlichen Integration. Österreich, Finnland und Schweden traten der EU 1995 bei; Schweden nimmt noch nicht an der WWU teil. Nach einer umfassenden Analyse der Entwicklung der Wirtschaft vor diesem Hintergrund werden mit einem Integrationsmodell die gesamtwirtschaftlichen EU-Integrationseffekte der drei Länder geschätzt. Finnland dürfte demnach von der EU-Mitgliedschaft am meisten profitiert haben vor Österreich und Schweden.

Begutachtung: Wolfgang Pollan, Michael Wüger • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Fritz.Breuss@wifo.ac.at, Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Mit der vierten Erweiterung traten Finnland, Österreich und Schweden am 1. Jänner 1995 der Europäischen Union bei, die damit auf 15 Mitglieder angewachsen ist. Diese Erweiterung umfasste durchwegs "reiche" Staaten, nachdem die EU in den zwei vorangegangenen Erweiterungsrounden mit Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (jeweils 1986) "arme" Staaten aufgenommen hatte. Der Beitrittsprozess dieser jüngsten Runde dauerte von der Antragstellung auf EU-Mitgliedschaft (Österreich 17. Juli 1989, Finnland 18. März 1992, Schweden 1. Juli 1991; Norwegen 25. November 1992, Schweiz 20. Mai 1992) drei bis über fünf Jahre. Die Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Österreich und Schweden begannen am 1. Februar 1993 (Norwegen 5. April 1993) und wurden mit Beitrittsverträgen am 30. März 1994 abgeschlossen. Als erstes Land sprach sich Österreich in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 mit 66,6% der Stimmen für den Beitritt aus. Es folgten am 16. Oktober 1994 Finnland (Zustimmung 57%) und am 13. November 1994 Schweden (Zustimmung 52%). In Norwegen votierte die Bevölkerung (schon zum zweiten Mal nach 1972) gegen einen Beitritt zur EU (Ablehnung 53%). Die feierliche Unterzeichnung der Beitrittsakte erfolgte auf der Tagung des Europäischen Rates unter der griechischen EU-Präsidentschaft auf Korfu am 24. und 25. Juni 1994.

Die ehemals sieben Mitglieder umfassende EFTA schrumpfte durch den EU-Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden auf vier Länder; von ihnen gehören nur drei (Island, Liechtenstein und Norwegen) dem seit 1. Jänner 1994 bestehenden Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an, nachdem sich die Schweiz in einem Referendum 1992 gegen eine Teilnahme ausgesprochen hat. Die drei neuen Mitgliedstaaten traten in die EU auf der Basis des Vertrags von Maastricht ein: Der Binnenmarkt war per 1. Jänner 1993 bereits verwirklicht und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für 1999 geplant. Finnland und Österreich nehmen seit Beginn an der WWU teil, während Schweden aus politischen Gründen die gemeinsame Währung bisher nicht eingeführt hat. Die nächste Herausforderung für die EU ist die für 2004 geplante fünfte Erweiterung um zehn Länder – acht Staaten in Ost-Mitteleuropa sowie Malta und Zypern.

Der vorliegende Beitrag untersucht die bisherigen Erfahrungen Finnlands, Österreichs und Schwedens vorrangig auf wirtschaftlichem Gebiet. Dazu wird zunächst ein Überblick über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gegeben. Die neuen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Stellung zur WWU und zur neuen

EU-Erweiterung werden ebenso diskutiert wie die Schwierigkeiten der Isolierung von Integrationseffekten. Abschließend werden mit neuen Schätzungen die unterschiedlichen Integrationseffekte in den drei Ländern isoliert und quantifiziert.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit dem EU-Beitritt

Drei kleine, aber reiche Mitgliedsländer

Die vierte EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden im Jahre 1995 machte die EU "reicher", da alle drei Länder – obwohl Kleinststaaten mit Einwohnerzahlen von 5 bis knapp 9 Mio. – zu den europäischen Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen zählen (Übersicht 1): Ihr BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Ihre Industriestruktur ist stark auf Dienstleistungen ausgerichtet. Entsprechend ihrer Kleinststaatenposition ist der Öffnungsgrad für den Außenhandel größer als im EU-Durchschnitt. Die Ausgangslage beim Eintritt in die Zollunion der EU war unterschiedlich: In Finnland waren die Zollsätze für Industriewaren 1994 ähnlich hoch wie in der EU, in Schweden um 1 Prozentpunkt niedriger, und Österreichs Zölle waren um 5 Prozentpunkte höher. Der Eintritt in die Zollunion der EG mit einem einheitlichen Gemeinsamen Zolltarif bedeutete daher eine Anpassung Schwedens nach oben und Österreichs nach unten mit der Konsequenz, dass dadurch die Drittstaaten in Schweden leicht benachteiligt und in Österreich begünstigt wurden.

Übersicht 1: Wirtschaftsindikatoren für Finnland, Österreich und Schweden

	Bevölkerung 2002 Mio.	BIP, real (zu Preisen von 1995) 2002 Mrd. \$	BIP pro Kopf 2001 KKP ¹⁾	Beschäftigung In % von insgesamt			Privater Konsum pro Kopf 2000 KKP ¹⁾	Außenhandel 2001 In % des BIP		Industrie- warenzölle vor Uruguay- Runde In %
				Land- wirtschaft	Industrie	Dienst- leistungen		Exporte	Importe	
Finnland	5,2	167,8	26.500	6,2	28,0	66,8	11.897	35,2	26,5	5,5
Österreich	8,1	274,0	28.200	6,1	30,0	63,9	14.910	35,1	37,2	10,5
Schweden	8,9	300,4	26.000	2,9	24,4	72,7	12.073	34,7	28,9	4,6
EU 15	381,0	10.062,8	25.500	4,3	29,0	66,8		13,0 ²⁾	12,0 ²⁾	5,7

Q: OECD; Eurostat; WIFO; GATT (1994). OECD, Main Economic Indicators, Mai 2003; OECD, Economic Surveys, Finnland, Vol.2003/3-March. – ¹⁾ Zu Kaufkraftparitäten, auf Dollarbasis. – ²⁾ 1999.

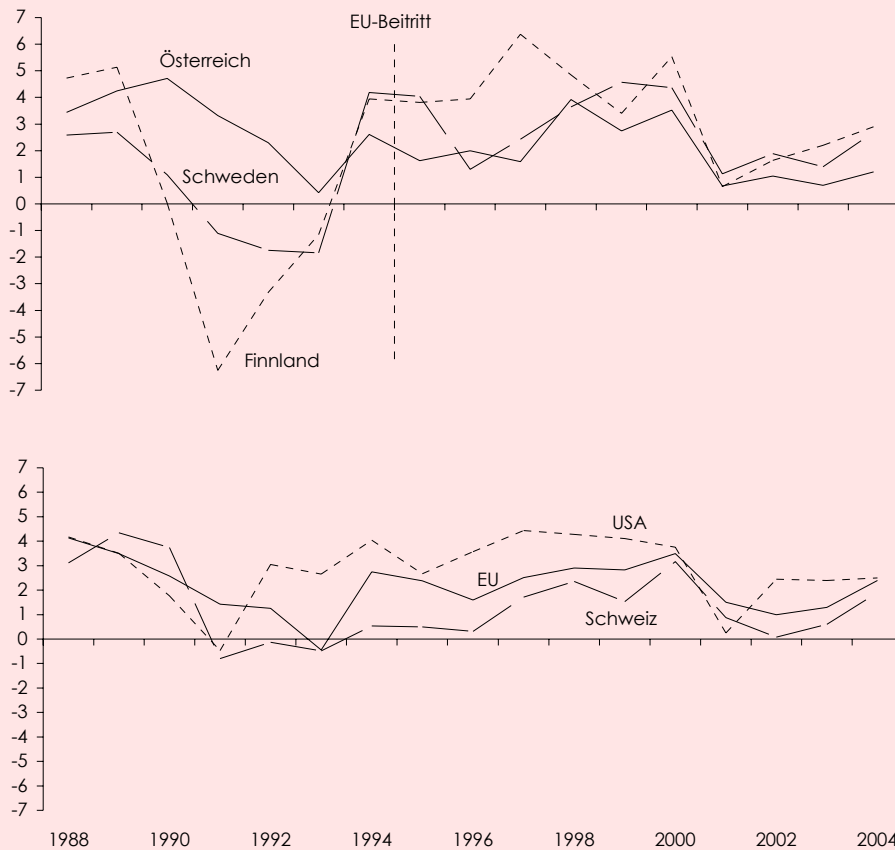
Makroökonomische Indikatoren

Eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der drei neuen EU-Mitgliedstaaten seit 1995 ist nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung der Weltwirtschaft und jener Europas sinnvoll. Daher werden in der Folge – wo es möglich ist – die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren Finnlands, Österreichs und Schwedens mit den USA, die von der EU-Integration nicht betroffen sind, sowie dem EFTA-Land Schweiz, das noch weit vor einem EU-Beitritt steht, verglichen. Ein Vergleich mit dem Durchschnitt der EU 15 liefert zwar Hinweise darauf, ob sich die Volkswirtschaft der neuen Mitglieder besser oder schlechter entwickelt hat, echte Integrationseffekte kann man daraus aber nicht ableiten. Zum anderen macht der Vergleich mit Referenzländern außerhalb der EU Abweichungen von allgemeinen weltwirtschaftlichen Trends sichtbar (Abbildung 1).

Ob sich die Wirtschaft seit dem EU-Beitritt grundlegend anders entwickelt als zuvor, zeigt ein Vergleich der Periode seither (1995/2001) mit einer Siebenjahresperiode zuvor (1988/1994). Durch die Definition dieser Perioden über jeweils fast zwei Konjunkturzyklen werden zufällige Schwankungen ausgeschaltet. Allerdings fallen in die erste Periode die Umwälzungen im Zusammenhang mit der Ostöffnung (seit 1989), die den Integrationsprozess der EU in vielerlei Hinsicht überlagerten. Die Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (BIP, Außenhandel, Verbraucherpreise, Beschäftigung, Staatshaushalt usw.) spiegeln daher nicht nur "Integrationseffekte" wider, sondern auch die Effekte der Weltkonjunktur und in Europa insbesondere die dramatische Änderung der Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten (MOEL) seit der Ostöffnung, die ja letztlich zu einer Erweiterung der EU um 10 Länder im Jahre 2004 führt.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OECD; WIFO; Europäische Kommission, "Spring 2003 Economic Forecasts", European Economy, 2003, (2).

Der Start des EG-Binnenmarktes am 1. Jänner 1993 war ökonomisch gesehen keineswegs geglückt, man ist sogar geneigt ihn einen "Fehlstart" zu nennen (Abbildung 1): Er fiel mit einer Rezession in Europa zusammen, das reale BIP schrumpfte in den meisten EU-Mitgliedstaaten. Finnland geriet im Gefolge der Ostöffnung (Zusammenbruch des Russlandhandels) in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit (reales BIP 1991 $-6,3\%$, 1992 $-3,3\%$, 1993 $-1,2\%$). Nach dem Tiefpunkt 1991 setzte aber ein steiler Wachstumspfad ein, seit 1995 betragen die Wachstumsraten 4% bis 6% . Auch Schweden kämpfte zwischen 1991 und 1993 – ausgelöst durch eine Bankenkrise (Liberalisierung des Bankensektors) – mit einer Rezession, die 1993 den Tiefpunkt erreichte (reales BIP 1991 $-1,1\%$, 1992 $-1,7\%$, 1993 $-1,8\%$). Seither hat sich die Wirtschaft erholt, wenn auch mit geringeren Wachstumsraten als in Finnland. Österreichs Wirtschaft entwickelte sich wesentlich ruhiger, obwohl auch sie von der Rezession 1993 erfasst wurde. Allerdings schrumpfte das reale BIP nicht (1993 $+0,4\%$). 1994 war auch Österreich am Aufschwung beteiligt.

Gemäß einem Vergleich der Siebenjahresperioden vor und nach dem EU-Beitritt 1995 war das Wirtschaftswachstum (gemessen an der durchschnittlich jährlichen Veränderungsrate des realen BIP; Übersicht 2) nach 1995 in Finnland um 3,9 Prozentpunkte, in Schweden um 2 Prozentpunkte höher als in der Siebenjahresperiode zuvor. In Österreich war es nach 1995 um 0,7 Prozentpunkte schwächer als in der Periode zuvor. Ein ähnliches Muster ergibt sich anhand der Einkommensentwicklung. Ein Maßstab für die Entwicklung der Gesamtwohlfahrt ist das reale BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten. Auch hier führen Finnland (nach 1995 $+4$ Prozentpunkte) und Schweden ($+2,5$ Prozentpunkte) vor Österreich ($-0,1$ Prozentpunkte). Misst man die Entwicklung an der Wohlfahrt der Konsumenten (verfügbares persönliches Einkommen, re-

al), so liegt Finnland (+3,9 Prozentpunkte) voran, während Schweden (-0,2 Prozentpunkte) und Österreich (-0,4 Prozentpunkte) zurückfielen.

Übersicht 2: Makroökonomische Entwicklung seit 1988

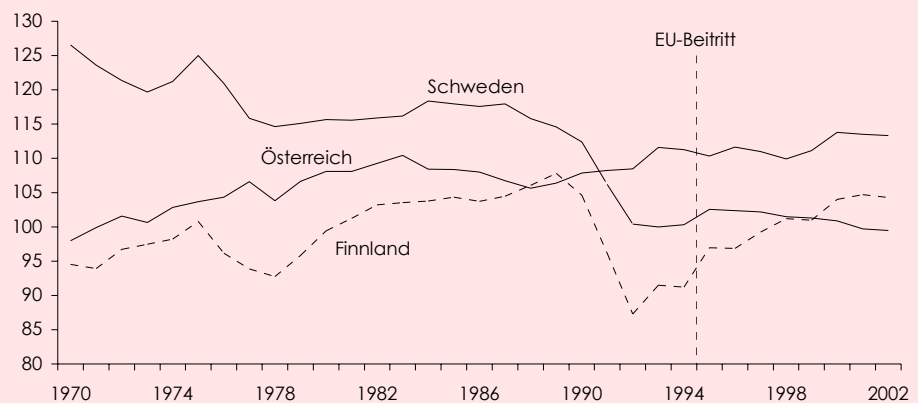
Jahresdurchschnittswerte

	Finnland			Österreich			Schweden			EU 15			
	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	
BIP, real	+ 0,45	+ 4,34	+ 3,89	+ 3,01	+ 2,29	- 0,72	+ 0,83	+ 2,82	+ 1,99	+ 2,33	+ 2,48	+ 0,15	
BIP, real pro Kopf (KKS) ¹⁾	+ 0,01	+ 3,95	+ 3,95	+ 2,16	+ 2,11	- 0,05	+ 0,19	+ 2,67	+ 2,48				
Verfügbares persönliches Einkommen, real	- 0,76	+ 3,15	+ 3,92	+ 1,57	+ 1,20	- 0,37	+ 1,18	+ 1,03	- 0,15				
BIP, nominell pro Kopf (KKS) ¹⁾	EU = 100	97,81	100,57	+ 2,76	108,50	111,61	+ 3,11	107,10	101,51	- 5,60	100,00	+ 100,00	+ 100,00
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	+ 1,78	+ 2,46	+ 0,68	+ 1,33	+ 0,93	- 0,40	+ 1,52	+ 1,43	- 0,09				
Arbeitsproduktivität	+ 2,45	+ 2,15	- 0,30	+ 2,36	+ 1,84	- 0,51	+ 2,41	+ 1,70	- 0,71				
Arbeitslosenquote	in %	8,89	11,89	+ 3,00	4,57	5,32	+ 0,75	4,19	6,36	+ 2,18	9,14	9,44	+ 0,30
Verbraucherpreise	+ 4,36	+ 1,57	- 2,80	+ 2,88	+ 1,45	- 1,43	+ 5,88	+ 1,53	- 4,35	+ 4,48	+ 2,13	- 2,35	
Langfristiger Zinssatz	in %	11,06	5,99	- 5,07	7,56	5,59	- 1,97	10,63	6,48	- 4,16	9,54	6,04	- 3,50
Finanzierungssaldo des Staates	in % BIP	- 0,39	+ 0,95	+ 1,34	- 3,31	- 2,46	+ 0,85	- 2,98	- 0,07	+ 2,91	- 4,64	- 2,03	+ 2,61
Staatsschuld	in % BIP	+ 31,87	+ 50,22	+ 18,35	+ 59,40	+ 65,51	+ 6,11	+ 58,68	+ 67,51	+ 8,83	+ 58,92	+ 68,52	+ 9,59
Leistungsbilanz	in % BIP	- 3,28	+ 5,61	+ 8,90	- 0,29	- 2,70	- 2,41	- 1,35	+ 3,42	+ 4,77	- 0,39	+ 0,48	+ 0,86
Handelsbilanz	in % BIP	+ 3,15	+ 9,79	+ 6,64	- 4,15	- 2,02	+ 2,13	+ 2,75	+ 6,98	+ 4,23	+ 0,27	+ 1,30	+ 1,03
Real-effektiver Wechselkurs ²⁾	+ 3,10	+ 3,47	+ 0,37	- 0,18	+ 3,84	+ 4,01	+ 0,96	+ 4,41	+ 3,45				

Q: WIFO-Berechnungen mit Daten von OECD, Eurostat, WIFO. – 1) KKS ... Kaufkraftstandards. – 2) Anstieg ... real-effektive Abwertung, Rückgang ... real-effektive Aufwertung.

Abbildung 2: Einkommen relativ zur EU 15

BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, EU 15 = 100



Q: Eurostat.

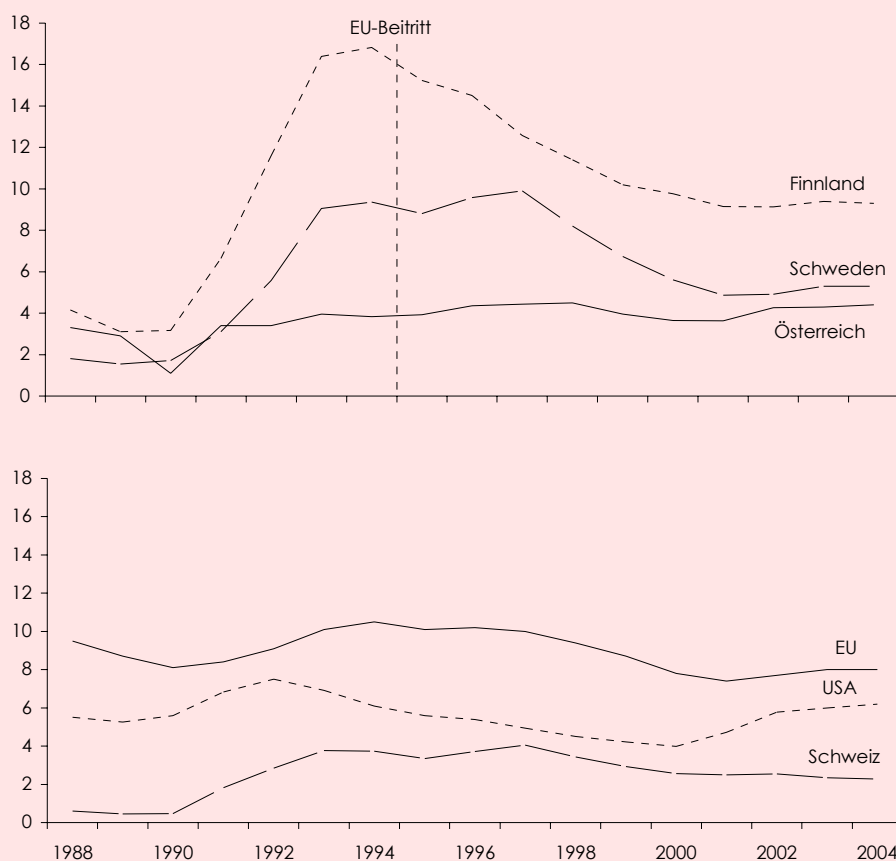
Relativ zum EU-Durchschnitt ergibt sich ein anderes Bild. Gemessen am BIP pro Kopf nominell (zu Kaufkraftparitäten) schneidet Österreich am besten ab (Abbildung 2). Seit 1995 verbesserte sich seine Position um 3,1 Prozentpunkte, jene von Finnland um 2,8 Prozentpunkte, während Schweden relativ zurückfiel (-5,6 Prozentpunkte). Von der Verschärfung der Konkurrenz im EG-Binnenmarkt erwartet man eine Zunahme der Produktivität. Tatsächlich sank die Arbeitsproduktivität in allen drei Ländern gegenüber der Vorperiode (Übersicht 2). Lediglich gemessen an der gesamten Faktorproduktivität (gewichtete Kapital- und Arbeitsproduktivität) verbesserte sich die Position Finnlands, Österreich und Schweden verloren hingegen an Boden. In Österreich entwickelte sich allerdings der Arbeitsmarkt günstiger als in Finnland und Schweden. Die Arbeitslosenquote stieg in allen drei Ländern seit 1995 leicht, am stärksten in Finnland und am schwächsten in Österreich. Auch absolut ist die Arbeitslosenquote in Österreich am niedrigsten. In den USA und in der Schweiz schlug sich die Rezession

1991/92 ebenfalls in einem Anstieg der Arbeitslosenquote nieder; sie sank jedoch in den USA rasch wieder, in der Schweiz nur verzögert (Abbildung 3).

Die anderen Indikatoren (Inflation, Zinssätze und Staatshaushalt) weisen auf eine deutliche Verbesserung in Finnland, Schweden und Österreich seit 1995 hin (Übersicht 2). Die Inflationsrate sank in allen drei Ländern, in Schweden am stärksten. Dies entsprach aber dem allgemeinen Trend: Auch in den USA und in der Schweiz ging die Inflation kräftig zurück (Abbildung 4). Der langfristige Zinssatz sank unter den drei neuen EU-Ländern in Finnland am stärksten. Er verringerte sich aber auch in Schweden, obwohl Schweden nicht der Wirtschafts- und Währungsunion angehört. Teilweise bedingt durch die Teilnahme an der WWU (Notwendigkeit der Erfüllung der Konvergenzkriterien in Finnland und Österreich), teilweise dank des verstärkten Wirtschaftswachstums (Schweden) konnten die öffentlichen Haushaltsdefizite entweder gesenkt werden (Österreich und Schweden) oder verkehrten sich sogar in Überschüsse (Finnland). Dadurch ergab sich ein erstaunlicher Abbau der Staatsschuldenquote im jährlichen Verlauf seit 1995, der in den Siebenjahresdurchschnitten in Übersicht 2 nicht zum Ausdruck kommt. Am stärksten ausgeprägt war diese Entwicklung in Finnland vor Schweden und Österreich.

Abbildung 3: Arbeitslosenquoten

In %



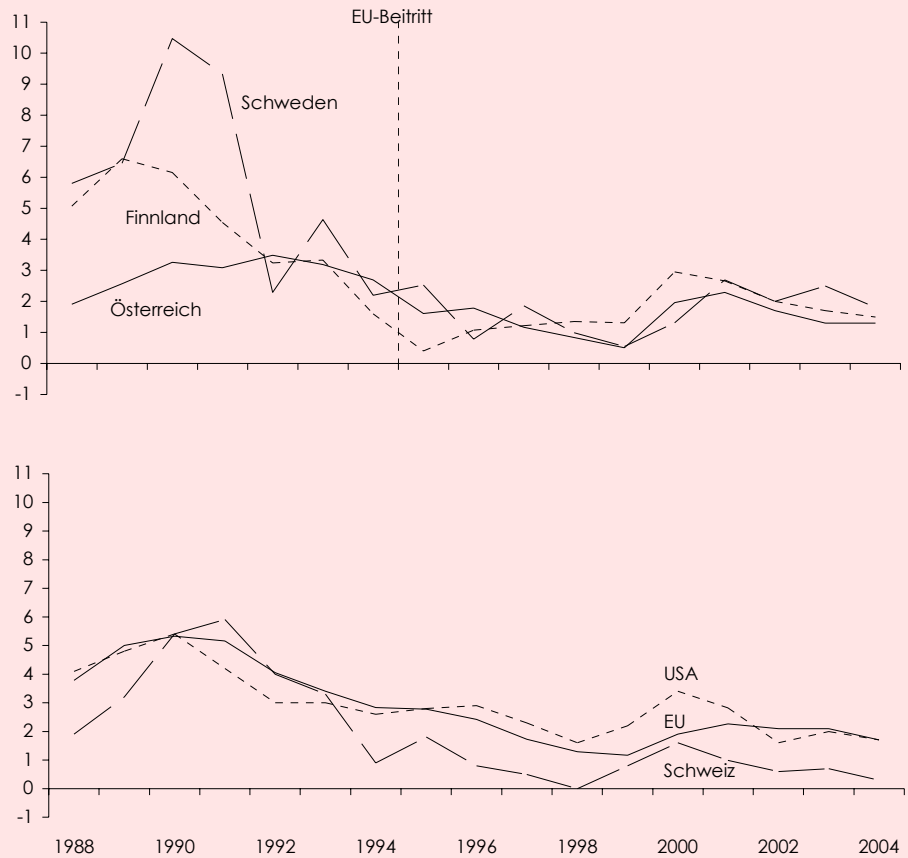
Q: OECD; WIFO; Europäische Kommission, "Spring 2003 Economic Forecasts", European Economy, 2003, (2).

Die außenwirtschaftliche Entwicklung war zum einen bestimmt durch die Mitgliedschaft in der EU, zum anderen durch die Ostöffnung. Während sich der Leistungsbilanzsaldo von Finnland und Schweden von einem Defizit in einen Überschuss drehte, nahm das Defizit in Österreich in der zweiten Siebenjahresperiode seit 1995 (vor allem durch die strukturelle Verschlechterung der Reiseverkehrsbilanz) stark zu (Übersicht 2). In allen drei Ländern verbesserte sich der Handelsbilanzsaldo. Auch Österreich, dessen Handelsbilanzsaldo traditionell negativ war, verringerte dieses Defizit

deutlich und erzielte im Jahr 2002 erstmals einen Überschuss. Alle drei Länder werteten seit 1995 ihre Währungen real-effektiv ab – am wenigsten Finnland.

Abbildung 4: Inflationsentwicklung

Verbraucherpreisindex, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OECD; WIFO; Europäische Kommission, "Spring 2003 Economic Forecasts", European Economy, 2003, (2).

Die drei Länder unterscheiden sich – obwohl durchwegs reiche und hochentwickelte Kleinstaat – deutlich hinsichtlich der Industrie- und Unternehmensstruktur. Während in Finnland und Schweden multinationale Unternehmen angesiedelt sind, ist Österreichs Wirtschaftsstruktur von Klein- und Mittelbetrieben dominiert. In der von der Financial Times aufgestellten Liste der – gemessen am Marktwert – 500 größten Unternehmen der Welt (Financial Times, The world's largest companies, 10. Mai 2002) ist Schweden mit fünf multinationalen Konzernen vertreten, Finnland mit zwei. Österreich scheint in dieser Liste nicht auf. Diese unterschiedliche Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch in der Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit durch internationale Manager, deren Ergebnisse jährlich vom World Economic Forum im Global Competitiveness Report zusammengefasst werden. Nach dem jüngsten Bericht liegt hier Finnland unter 80 Ländern im Jahr 2002 an 2. Stelle (2001 an 1. Stelle), Schweden an 5. Stelle (zuvor Rang 9) und Österreich in beiden Jahren an 18. Stelle. Damit rangieren alle drei Länder über dem EU-Durchschnitt (2002 23. Rang, 2001 19. Rang; Übersicht 3). Österreich schneidet in der Unterkategorie "öffentliche Institutionen" und "mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit" relativ am besten ab, während Schweden bezüglich der makroökonomischen Rahmenbedingungen relativ schlecht eingestuft wird.

Übersicht 3: Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit

Reihung von 80 Ländern

	Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum Gesamtreihung		Technologie	Öffentliche Institutionen	Makroökonomische Rahmenbedingungen 2002	Mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit
	2002	2001	2002	2002	2002	2002
	Rang					
Finnland	2	1	3	1	14	2
Österreich	18	18	23	11	23	12
Schweden	5	9	4	15	34	6
<i>Referenzländer</i>						
USA	1	2	1	16	2	1
Schweiz	6	15	6	8	5	5
Norwegen	9	6	10	12	7	21
Island	12	16	16	3	24	17
<i>Andere EU-Länder</i>						
Dänemark	10	14	11	2	31	8
Großbritannien	11	12	15	6	16	3
Deutschland	14	17	12	14	22	4
Niederlande	15	8	19	10	19	7
Spanien	22	22	24	26	15	25
Portugal	23	25	13	21	40	36
Irland	24	11	31	18	9	20
Belgien	25	19	22	22	26	13
Frankreich	30	20	28	29	28	15
Griechenland	38	36	30	44	47	43
Italien	39	26	39	37	27	24
Durchschnitt	23	19	22	21	25	18

Q: WEF (2002).

Die Integration in einen bestehenden Handelsblock löst in der Regel eine Zunahme des Handels aus (Handelsschaffung) und eine Umlenkung des Handels zu den Binnenmarktpartnern (Handelsumlenkung). Der EU-Beitritt von Finnland, Schweden und Österreich hatte folgende Implikationen:

Die drei Länder traten in die bestehende Zollunion der EU ein, die Zölle waren somit an den Gemeinsamen Zolltarif (GZT) der EU anzupassen. In Finnland ergab sich daraus (im Durchschnitt der Industriewaren; Übersicht 1) kein Anpassungsbedarf, Schweden musste die Zölle im Durchschnitt um rund 1 Prozentpunkt anheben, während Österreich sie um rund 5 Prozentpunkte senken musste. Importe aus Drittstaaten nach Österreich wurden dadurch billiger, jene nach Schweden etwas teurer. In allen drei Ländern war der bilaterale Industriewarenhandel mit der EG aufgrund der Freihandelsabkommen zwischen EFTA und EG von 1972 seit Mitte 1977 von Zöllen befreit (EG-EFTA-Freihandelszone). Die Drittlandimporte umfassten vor 1995 in Schweden rund 28% der Gesamtimporte, in Österreich 25% und in Finnland 36%. Für Schweden dürfte der handelsumlenkende Effekt durch die Anpassung an den GZT der EG daher nur rund ¼% der Gesamtimporte betragen haben, während er in Österreich rund 1¼% der Gesamtimporte ausgemacht haben dürfte. In Finnland fielen keine solchen Effekte an, weil die Zölle nicht verändert werden mussten.

Der Eintritt in den Binnenmarkt bedeutete somit zum einen keine Zollsatzänderung zwischen den drei Ländern und der EG 12, zum anderen allerdings durch den Wegfall der Grenzkontrollen (freier Warenverkehr) eine Senkung der Handelskosten im Ausmaß von etwa 2,5% bis 5% des Handelsvolumens (Schätzung). Nimmt man den Effekt des Handelskostenabbaus mit der Untergrenze von 2,5% an und interpretiert ihn als Zollabbau der drei neuen Mitgliedsländer gegenüber der EG 12 sowie der EG 12 gegenüber den drei Ländern bzw. zwischen den drei Ländern, so ergeben sich in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell¹⁾ folgende theoretische Handelseffekte:

¹⁾ Diese Berechnungen erfolgten mit dem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsweltmodell GTAP5, spezifiziert für 8 Regionen (Finnland, Österreich, Schweden, EU 12, NAFTA, MOEL, GUS, übrige Länder), 10 Sektoren und 5 Produktionsfaktoren auf Basis von Daten aus dem Jahr 1997.

Förderte der EU-Beitritt den Intra-EU-Handel?

- Die Exporte und Importe von Finnland (jeweils +8%), Österreich (+10%) und Schweden (+9%) in die bzw. aus der EG 12 und – etwas schwächer – der Handel mit den jeweiligen Drittlandpartnern der drei Länder müssten sich erhöhen.
- Dadurch müsste sich die Handelsbilanz der drei neuen EU-Länder mit der EG 12 leicht verschlechtern, mit den anderen Weltregionen verbessern. Durch die Umlenkung der Handelsströme in den Binnenmarkt müsste der Handel mit den Nicht-EU-Ländern sinken.
- Der Wegfall der Grenzkontrollen (Senkung der Handelskosten) würde mit Wohlfahrtseffekten von rund ½% des BIP in allen drei Ländern zu Buche schlagen. Das reale BIP würde um rund 0,1% steigen.

Für den Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung werden wieder die Daten vor dem EU-Beitritt (Durchschnitt der Periode 1988/1994) jenen nach dem EU-Beitritt (Durchschnitt der Periode 1994/2001) in Siebenjahresperioden gegenübergestellt, um Zufallsschwankungen in einzelnen Jahren auszuschalten (Übersicht 4). Dabei werden die Gesamtexporte und -importe in fünf Weltregionen unterteilt (übrige 14 EU-Länder, MOEL 10 und GUS, EFTA 4, NAFTA, übrige Länder).

- Der Anteil der Exporte in die anderen 14 EU-Länder verringerte sich in allen drei Ländern, am stärksten in Finnland. Der Anteil der Importe aus den anderen 14 EU-Ländern sank in Finnland und Österreich und erhöhte sich in Schweden. Die theoretisch erwartete Handelsschaffung durch den EU-Beitritt ist also nicht eingetreten. Lediglich 1994/95 nahm der Handel mit der EU (Exporte und Importe) kräftig zu. Die Zölle für Industriewarenimporte der EU aus den MOEL wurden aufgrund der Europaabkommen seit 1993 schrittweise bis 1997, die Zölle für Importe der MOEL aus der EU bis 2002 abgebaut (asymmetrischer Zollabbau). Österreichs Handel mit den MOEL wurde in der Periode seit 1995 beträchtlich ausgeweitet (exportseitig stärker als importseitig), jener von Finnland und Schweden etwas weniger. In allen drei Ländern schrumpfte der Handel mit den verbliebenen EFTA-Ländern (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) erwartungsgemäß. Allerdings entwickelten sich die Importe aus den übrigen Ländern nicht theoriekonform (sie schrumpften); in Schweden ging nicht nur der Handel mit den übrigen Ländern, sondern auch mit der NAFTA zurück.
- Als Ergebnis dieser Entwicklung verbesserte sich die Handelsbilanz mit der EU in Finnland und Schweden, in Österreich verschlechterte sie sich. Misst man die Veränderung am Anteil des Handelsbilanzsaldos mit der EU an der gesamten Bilanz, so ergab sich in Österreich relativ zu den Handelsbilanzsalden gegenüber anderen Weltregionen eine Verbesserung, in den beiden anderen Ländern aber eine Verschlechterung.

Die moderne Außenhandelstheorie postuliert, dass mit zunehmender Integration von Industrieländern mit ähnlicher Faktorausstattung immer ähnlichere Produkte gehandelt werden. Die Anbieter versuchen, durch Produktdifferenzierung ihre Marktposition zu halten bzw. auszubauen, zum einen um sich von den Konkurrenten zu unterscheiden, zum anderen um den immer differenzierteren Geschmack der Konsumenten zu treffen. Dieses Phänomen wird als "intraindustrieller" Handel bezeichnet. Anhand des "Grubel-Lloyd-Index" (Übersicht 5) ergibt sich für die drei neuen EU-Mitgliedsländer folgendes Bild: Finnland weist unter den drei Ländern den niedrigsten Index auf, weil seine Wirtschaftsstruktur relativ stark auf zwei Gütersegmente (Holz und High-Tech-Produkte) konzentriert ist. Dennoch nahm der Anteil des interindustriellen Handels mit der EU bis zum EU-Beitritt zu und seither interessanterweise ab. In Österreich und Schweden nahm er nach einer kurzen Stagnation nach dem EU-Beitritt wieder zu.

Übersicht 4: Außenhandelsentwicklung in Finnland, Österreich und Schweden

Finnland						
	1988/1994	Exporte 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte	1988/1994	Importe 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte
	Anteile in %			Anteile in %		
EU 14	61,86	54,98	- 6,88	58,78	56,29	- 2,49
MOEL 10	4,95	7,09	+ 2,14	3,28	4,33	+ 1,05
MOEL 10 und GUS	11,57	13,10	+ 1,53	12,16	12,59	+ 0,43
EFTA 4	5,05	4,25	- 0,80	5,66	5,37	- 0,29
NAFTA	7,60	8,72	+ 1,12	7,52	8,04	+ 0,52
Übrige Länder	13,93	18,95	+ 5,02	15,88	17,71	+ 1,83
Insgesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	
Handelsbilanz						
	1988/1994	1995/2001	Veränderung	1988/1994	1995/2001	Veränderung
	Mio. \$		Mio. \$	Anteile in %		Prozent- punkte
EU 14	1.924	5.409	+ 3.485	93,94	51,28	-42,67
MOEL 10	489	1.618	+ 1.130	23,86	15,34	- 8,52
MOEL 10 und GUS	94	1.528	+ 1.434	4,60	14,48	+ 9,88
EFTA 4	- 23	98	+ 122	- 1,14	0,93	+ 2,07
NAFTA	177	1.139	+ 962	8,65	10,80	+ 2,15
Übrige Länder	- 124	2.375	+ 2.499	- 6,05	22,51	+28,56
Insgesamt	2.048	10.549	+ 8.501	100,00	100,00	
Österreich						
	1988/1994	Exporte 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte	1988/1994	Importe 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte
	Anteile in %			Anteile in %		
EU 14	67,22	62,96	- 4,25	70,18	68,87	- 1,31
MOEL 10	8,32	12,95	+ 4,63	5,29	8,85	+ 3,56
MOEL 10 und GUS	10,39	14,60	+ 4,21	6,99	10,88	+ 3,89
EFTA 4	7,21	6,34	- 0,88	4,51	3,69	- 0,82
NAFTA	4,06	4,99	+ 0,93	4,52	5,68	+ 1,16
Übrige Länder	11,12	11,11	- 0,01	13,80	10,88	- 2,92
Insgesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	
Handelsbilanz						
	1988/1994	1995/2001	Veränderung	1988/1994	1995/2001	Veränderung
	Mio. \$		Mio. \$	Anteile in %		Prozent- punkte
EU 14	- 6.973	- 7.908	- 935	84,12	127,90	+43,78
MOEL 10	795	1.979	+ 1.184	- 9,59	- 32,01	-22,42
MOEL 10 und GUS	785	1.616	+ 830	- 9,47	- 26,13	-16,66
EFTA 4	675	1.407	+ 733	- 8,14	- 22,76	-14,62
NAFTA	- 587	- 750	- 163	7,08	12,12	+ 5,05
Übrige Länder	- 2.190	- 548	+ 1.641	26,42	8,87	-17,55
Insgesamt	- 8.289	- 6.183	+ 2.106	100,00	100,00	
Schweden						
	1988/1994	Exporte 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte	1988/1994	Importe 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte
	Anteile in %			Anteile in %		
EU 14	61,19	55,97	- 5,22	63,47	66,90	+ 3,43
MOEL 10	1,90	3,85	+ 1,95	2,13	3,92	+ 1,79
MOEL 10 und GUS	2,47	4,94	+ 2,48	3,18	4,67	+ 1,49
EFTA 4	10,82	10,10	- 0,72	8,84	9,80	+ 0,96
NAFTA	10,52	10,66	+ 0,13	9,18	6,60	- 2,59
Übrige Länder	15,00	18,32	+ 3,32	15,33	12,03	- 3,29
Insgesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	
Handelsbilanz						
	1988/1994	1995/2001	Veränderung	1988/1994	1995/2001	Veränderung
	Mio. \$		Mio. \$	Anteile in %		Prozent- punkte
EU 14	2.119	2.418	+ 299	40,13	14,37	-25,76
MOEL 10	- 8	598	+ 605	- 0,15	3,55	+ 3,70
MOEL 10 und GUS	- 213	1.000	+ 1.213	- 4,04	5,94	+ 9,98
EFTA 4	1.523	1.888	+ 365	28,84	11,22	-17,62
NAFTA	1.193	4.396	+ 3.203	22,60	26,12	+ 3,53
Übrige Länder	658	7.127	+ 6.468	12,46	42,35	+29,89
Insgesamt	5.281	16.828	+ 11.547	100,00	100,00	

Q: WIFO-Berechnungen mit Daten der OECD: FIMS – Monthly Statistics of Foreign Trade. MOEL 10 ... Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Übersicht 5: Intra-industrieller Handel mit der EU

SITC-Dreisteller

	1970	1980	1990	1994	1995	1996	2000
	Grubel-Lloyd-Index						
Finnland	34,3	48,3	48,3	48,2	47,2	47,4	41,8
Österreich	61,8	70,9	70,2	71,2	67,9	73,1	76,3
Schweden	65,4	65,8	66,0	65,7	63,1	62,4	69,2
EU 15	58,8	60,9	62,0	63,1	62,8	63,3	64,1

Q: WIFO-Berechnungen mit Daten der UNO-Welthandelsdatenbank. Der Grubel-Lloyd-Index für den intra-industriellen Handel (IIT) für ein Gut i lautet: $IIT_i = 100 - \frac{|X_i - M_i|}{(X_i + M_i)} \cdot 100$, X_i ... Exporte an Gut i , M_i ...

Importe an Gut i .

Das Leben im und mit dem Binnenmarkt

Das Ziel, einen "gemeinsamen Markt" zu schaffen, ist bereits im EWG-Vertrag von 1957 in Art. 2 festgeschrieben. Tatsächlich wurde der Binnenmarkt erst mit 1. Jänner 1993 – vor 10 Jahren – verwirklicht. Eckpfeiler des Binnenmarktprogramms sind die "vier Freiheiten": freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte²⁾. Abgesichert wird das Funktionieren des Binnenmarktes durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht. Im Laufe der Zeit wurden viele Bereiche, die vormals unter staatlichem Einfluss standen (öffentliche Versorgungsbetriebe wie Telekommunikation, Energieversorgung – Strom und Gas, Bahn, Post usw.) privatisiert. Dazu war eine umfangreiche Anpassung von EU-Gesetzen (Richtlinien) notwendig. Deren Umsetzung in nationales Recht nahm viel Zeit in Anspruch und wurde erst allmählich verwirklicht. Am Beginn betrug das "Umsetzungsdefizit" von EU-Recht laut Binnenmarktanzeiger rund 21,4%, innerhalb von 10 Jahren sank es auf 2,1%. Trotz großer Fortschritte besteht noch Liberalisierungsbedarf im Bereich des Binnenmarktes für Dienstleistungen (Europäische Kommission, 2002J) und der Integration der Finanzmärkte (Europäische Kommission, 2003).

Defizit in der Umsetzung sinkt stark

Die drei neuen Mitgliedsländer traten der EU aufgrund des bereits seit 1993 bestehenden Binnenmarktes bei. In der Umsetzung waren sie unterschiedlich ambitioniert. Während in Österreich das Defizit noch 2,9% beträgt, waren Finnland (0,6%) und Schweden (0,4%) wesentlich ambitionierter in der Umsetzung von EU-Recht (Europäische Kommission, 2002A, S. 5-7). Um das von der Europäischen Kommission angestrebte Ziel, 2004 ein Defizit von 1,5% zu erreichen, muss Österreich noch 57 Richtlinien umsetzen (zur vollständigen Umsetzung 79 Richtlinien), Finnland und Schweden nur je 24 (bzw. 46).

Werden EU-Richtlinien unvollkommen oder gar nicht umgesetzt, dann initiiert die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren. Die Gesamtzahl dieser Verfahren war mit zuletzt über 1.500 offenen Fällen überaus hoch. In Österreich sind 79 Verfahren offen, in Finnland 39 und in Schweden nur 32 (siehe Binnenmarktanzeiger der Europäischen Kommission, November 2002).

Harmonisierung versus gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards

Generell basiert das Binnenmarktprogramm auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Industrienormen und -standards. Für das Funktionieren des Binnenmarktes und damit gleiche, faire Bedingungen wäre natürlich eine völlige Harmonisierung der zahlreichen Standards wünschenswert. In der Praxis war dies jedoch nicht umzusetzen. Neben dem Konzept der gegenseitigen Anerkennung³⁾, das in der EU durch die Rechtsprechung des EuGH im Fall Cassis de Dijon (Rs. 120/78) ein-

²⁾ Alle drei hier untersuchten Länder sind dem Schengen-Abkommen beigetreten, das freien Personenverkehr bzw. den Wegfall der Grenzkontrollen sowie eine strenge Kontrolle der Außengrenzen vorsieht und mit der Integration in den Vertrag von Amsterdam (in Kraft seit 1. Mai 1999) zum EU-Primärrecht wurde. Finnland und Schweden traten am 25. März 2001 zusammen mit den anderen skandinavischen Ländern (Norwegen und Island als assoziierte Mitglieder) dem Schengen-Abkommen bei; dadurch konnte die Passunion des Nordischen Rates (Island, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland), der heuer sein 50-jähriges Bestehen feiert, beibehalten werden. In Österreich ist das Abkommen seit 28. April 1995 in Kraft (die Grenzkontrollen fielen in zwei Schritten am 1. Dezember 1997 und am 1. April 1998 weg).

³⁾ Der Verkauf eines Produktes, welches in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt und in Verkehr gebracht wurde, kann von einem anderen Mitgliedstaat nicht verboten werden, wenn er dasselbe Schutzniveau gewährleistet.

geführt wurde, gibt es zudem sowohl Anreize der Kommission zur Harmonisierung als auch Bestrebungen innerhalb der für Standardisierung zuständigen Institutionen (CEN, CENELEC, ETSI, ENO usw.; *Paparella, 2002*), die Harmonisierung voranzutreiben. In den letzten 10 Jahren nahmen sowohl die von der Europäischen Kommission vorgegebene Harmonisierung als auch – und vor allem – die von der Industrie autonom vorangetriebene Standardisierung der Industrieprodukte stetig zu (*Europäische Kommission, 2002A, S. 15*). In der Regel werden Standardisierungen von den europäischen Normungsinstituten CEN, ETSI, CENELEC vorgenommen (*Paparella, 2002*). Die theoretisch erwarteten positiven Effekte einer stärkeren Harmonisierung auf die Wettbewerbsposition konnten bisher allerdings nicht eindeutig nachgewiesen werden (*Paparella, 2002*).

In Meinungsumfragen ("Eurobarometer") stehen große Unternehmen dem Binnenmarktprogramm meist positiver gegenüber als Klein- und Mittelbetriebe (*Europäische Kommission, 2002A, S. 19*). Alle Unternehmen sehen einen starken Einfluss des Binnenmarktes auf die Produktivität, weniger positive Auswirkungen auf die Gewinne und die Beschäftigung. Dem Binnenmarkt werden sehr positive Effekte auf die Möglichkeiten zum Verkauf der Produkte innerhalb der EU zugeschrieben.

Die Bürger der EU sehen das Positive des Binnenmarktes darin, dass ihre Wohlfahrt steigt (*Europäische Kommission, 2002A, S. 27-28*). Sie finden niedrigere Preise vor (41%), die Qualität der angebotenen Produkte ist gestiegen (67%), und insgesamt hat das Angebot an Produkten zugenommen (80%).

Hinsichtlich der Zustimmung zur EU bzw. der Einschätzung der Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft unterscheiden sich Finnland, Schweden und Österreich deutlich: Traditionell war und ist die Skepsis gegenüber der EU in Schweden am größten – dies spiegelt sich nicht zuletzt in einer Nichtteilnahme an der Währungsunion. Laut Eurobarometer (*Europäische Kommission, 2002F*) bezeichnen 40% der Finnen, 37% der Österreicher und 38% der Schweden die EU-Mitgliedschaft als "eine gute Sache". Von der EU-Mitgliedschaft glauben 41% der Finnen, 40% der Österreicher, aber nur 29% der Schweden zu profitieren.

Seit 2001 publiziert die Europäische Kommission einen "Binnenmarktindex" (BMI, "Internal Market Index"), der das Funktionieren des Binnenmarktes in einer Maßzahl ausdrücken soll. Im Jahr 2002 wurde der Index revidiert und erweitert (*Europäische Kommission, 2002A, S. 32ff*). Er besteht aus einem gewichteten Durchschnitt von 12 Indikatoren⁴⁾, die vom Beratergremium der Kommission in Binnenmarktfragen (IMAC – Internal Market Advisory Committee) als repräsentativ für das Funktionieren des Binnenmarktes ausgewählt wurden (Übersicht 6).

Für die EU insgesamt stieg der Binnenmarktindex⁵⁾ von 100 im Jahr 1992 (1995 111) auf 143 im Jahr 2001; das deutet auf eine stetige Verwirklichung der Grundgedanken des Binnenmarktes hin. Für die neuen Mitgliedstaaten wurde der Index ebenfalls bereits ab 1992 berechnet, obwohl sie erst 1995 der EU beitraten. Insgesamt stieg der BMI in den drei neuen EU-Ländern viel rascher als im EU-Durchschnitt. Das gilt vor allem für Finnland: Von 100 im Jahr 1992 erhöhte er sich auf 162 im Jahr 1995 und 225 im Jahr 2001 (1999 trat eine Pause ein: 196). In Schweden erhöhte sich der Index von 100 im Jahr 1992 auf 155 im Jahr 1995 und 176 im Jahr 2001; mit 184 erreichte er im Jahr 2000 einen Höchstwert. Auch in Österreich ging die Verwirklichung des Binnenmarktes, gemessen am BMI, rascher vor sich als im EU-Durchschnitt: Von 100 im Jahr 1992 stieg der Index auf 121 im Jahr 1995 und 163 im Jahr 2001; im Jahr 2000 war er mit 165 noch etwas höher.

Einschätzung durch die Bürger

Binnenmarktindex steigt stark

⁴⁾ Eine detaillierte Darstellung der Methodik bieten *Tarantola – Saisana – Saltelli (2002)*.

⁵⁾ Die Daten wurden freundlicherweise von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt. Die grafische Darstellung enthält *Europäische Kommission (2002A)*.

Übersicht 6: Binnenmarktindex – Variable und Quellen

Variable	Quelle	Gewicht	Vorzeichen	Proxy
Sektorale und Ad-hoc-Subventionen, in % des BIP	Eurostat	14%	-	Fairness im Wettbewerb
Wert der publizierten öffentlichen Auftragsvergabe, in % des BIP	Eurostat	13%	+	Transparenz und Marktzugang
Kosten von Telekommunikation (10 Minuten, lokale, nationale und internationale Gespräche)	Eurostat	9%	-	Marktöffnung im Telekommunikationssektor
Strompreise (Industrie und private Haushalte)	Eurostat	12%	-	Marktöffnung auf dem Strommarkt
Gaspreise (Industrie und private Haushalte)	Eurostat	7%	-	Marktöffnung auf dem Gasmarkt
Relatives Preisniveau von Privatkonsum einschließlich Umsatzsteuer (EU 15 = 100)	Eurostat	10%	-	Preisdivergenz vom EU-Durchschnitt
Intra-EU-Direktinvestitionen (Einstrom), in % des BIP	Eurostat	12%	+	Freiheit des Kapitalverkehrs
Intra-EU-Handel, in % des BIP	Eurostat	14%	+	Freiheit des Güterverkehrs
Aktive Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) aus einem anderen Mitgliedstaat, in % der Gesamtbevölkerung	Eurostat	3%	+	Freiheit des Personenverkehrs
Vermögen der Pensionsfonds, in % des BIP	Europäische Kommission, GD Binnenmarkt	1%	+	Umstellung des traditionellen Pensionssystems zu einem mit 2. Säule
Verhältnis von Kreditzinsen zu Sparzinsen	EZB http://www.ecb.int/stats/	4%	-	Effizienz des Bankensektors
Posttarif Standardbrief, (20 g)	Europäische Kommission	1%	-	Marktöffnung im Postwesen

Q: Europäische Kommission (2002A), S. 39.

Binnenmarkt für Strom und Gas

Einen wichtigen Beitrag zum besseren Funktionieren des Binnenmarktes leistet die Vollendung des Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktes. Strom und Gas sind nicht nur wichtige Inputs für die Industrie, sondern auch Komponenten des Verbraucherpreisindex der privaten Haushalte. Wenn infolge der Zulassung von Wettbewerb durch Liberalisierung des vormals verstaatlichten Strom- und Gasmarktes die Preise sinken, schlägt sich das nicht nur in einer Dämpfung der Produktionskosten der Unternehmen nieder, sondern auch in einer Entlastung der privaten Haushalte.

Der jüngste Benchmarking-Bericht der Europäischen Kommission (2002B) untersucht diese Märkte bezüglich ihrer Öffnung und der Implikationen für die Preise. Die "Elektrizitätsrichtlinie" zur Öffnung des Strommarktes wurde in den drei hier untersuchten Ländern bereits umgesetzt (Finnland 1997, Schweden 1998, Österreich 2001). Die "Gasrichtlinie" zur Öffnung des Gasmarktes haben bisher erst drei EU-Länder zu 100% umgesetzt (Österreich mit 1. Oktober 2002⁶⁾, Deutschland seit 2000 und Großbritannien seit 1998). In Schweden ist die Liberalisierung erst für 2006 geplant, in Finnland gibt es noch keinen Zeitplan für die vollständige Öffnung.

Bisher hatte die Liberalisierung durchaus unterschiedliche Auswirkungen auf die Preisentwicklung. Einer Verbilligung von Strom steht ein Anstieg der Gaspreise gegenüber. Die Einzelhandelspreise von Strom sanken in Finnland für industrielle Großverbraucher (bei 24 GWh pro Jahr) und für gewerbliche Kleinverbraucher (bei 50 GWh pro Jahr) von 44 € bzw. 61 € je MWh im Jänner 1995 um 18% bzw. 8% auf 36 € bzw. 56 € im Jänner 2002. Für private Haushaltskunden (bei 3,5 GWh pro Jahr) kostete Strom im Jänner 2002 wie 1995 70 € je MWh, nachdem der Preis im Jahr 2000 bereits bei 64 € je MWh gelegen war.

In Österreich sanken die Strompreise für industrielle Großverbraucher von 69 € je MWh 1995 auf 60 € im Juli 1999 (-13%; seither fehlen Daten), für gewerbliche Kleinverbraucher von 172 € auf 96 € je MWh (-44%) und für private Haushalte von 103 € (Jänner 1996) auf 93 € (-10%). In Schweden wurde Strom für industrielle Großverbraucher um 21% billiger (von 33 € je MWh im Jänner 1996 auf 26 € im Jänner 2002), für gewerbliche Kleinverbraucher um 49% (von 70 € auf 36 € je MWh) und für Haushalte um 6% teurer (von 66 € auf 70 € je MWh).

Auf dem Gasmarkt stiegen die Preise (Daten fehlen teils, vor allem für Finnland) für alle Abnehmerkategorien in allen drei Ländern in der Vergleichsperiode (nur der Großabnehmerpreis sank in Schweden zwischen Jänner 2001 und Jänner 2002 leicht). Die privaten Haushalte realisierten also in den meisten Fällen sowohl bezüglich Strom als auch bezüglich Gas bisher noch keine Entlastung und damit keine Wohlfahrtseffekte.

⁶⁾ Siehe dazu im Detail Schwarzbichler (2003).

Die Europäische Union basiert (noch) auf einer komplizierten Kompetenzverteilung zwischen EU- oder Gemeinschaftsebene und nationalstaatlicher Ebene (Breuss, 2002A). Viele Politikbereiche sind bereits "vergemeinschaftet". Dazu zählen die Wettbewerbspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, die Gemeinsame Handelspolitik sowie die Struktur- oder Regionalpolitik. Im Entwurf für eine EU-Verfassung, die der "Konvent über die Zukunft Europas" im Juni 2003 dem Europäischen Rat von Thessaloniki vorlegte, werden die Kompetenzen klarer aufgeteilt. Unterschieden wird dort zwischen einer ausschließlichen Zuständigkeit der EU (z. B. Währungspolitik, Gemeinsame Handelspolitik, Zollunion), einer geteilten Zuständigkeit von Union und Mitgliedstaaten (z. B. Binnenmarkt, Gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr, Energie, Sozialpolitik) und der Koordination der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Der Europäische Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten kann nur dann funktionieren, wenn als begleitende Kontrolle ein gemeinsames Wettbewerbsrecht für Chancengleichheit im Wettbewerb sorgt (Martin, 2001, S. 125-142, Sauter, 2001, S. 187ff). Diese Kompetenz nimmt die Europäische Kommission wahr. Sie wacht zum einen über die korrekte Vergabe von Beihilfen im Sinne der Gemeinsamen Regeln betreffend den Wettbewerb (Art. 81 bis 86 EGV über Kartelle und Art. 87 bis 89 EGV über staatliche Beihilfen). Zudem gibt die Fusionskontrollverordnung (FK-VO) der Europäischen Kommission das Recht, Unternehmenszusammenschlüsse auf ihre Marktbeherrschung hin zu untersuchen.

Die Zahl der internationalen Zusammenschlüsse nimmt in der EU seit Anfang der neunziger Jahre (1992: 1.434) ständig zu und erreichte 2002 4.247 Fälle (2001: 3.028 Fälle; Europäische Kommission, 2001B, S. 9). Bis Ende 2001 wurden bei der Kommission im Rahmen der seit 21. September 1990 geltenden Fusionskontrollverordnung⁷⁾ insgesamt 1.908 Fusionen angemeldet. Davon entfielen 53 nur teilweise oder gar nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung, und 77 wurden später zurückgezogen. Nur 18 Fusionen – weniger als 1% aller Fälle – wurden untersagt (Europäische Kommission, 2001, S. 16). Insgesamt ist auch in den drei hier untersuchten Ländern die Zahl von Verbotsentscheidungen sehr gering (Europäische Kommission, 2002E, S. 65): in Österreich 1 Fall (0,8% der Fälle), in Finnland 1 Fall (1,2%) und in Schweden 4 Fälle (1,5%).

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besteht schon seit 1962; sie steuert nahezu planwirtschaftlich den Agrarmarkt der EU. Ein EU-Beitritt bedeutet, dass die vormals national finanzierten öffentlichen Agrarmarktausgaben aus dem EU-Haushalt bestritten werden. Dazu gelten für alle Produktkategorien Agrarmarktordnungen, die jeweils nach Reformüberlegungen angepasst werden (zuletzt nach dem Beschluss des Europäischen Rates vom März 1999 in Berlin über die Agenda 2000). Weitere Reformschritte wurden von der Europäischen Kommission im Juli 2002 in ihrem Midterm-Review-Bericht (Europäische Kommission, 2002G) andiskutiert, vom Europäischen Rat in einer Sondersitzung zur Vorbereitung der EU-Erweiterung am 25. bis 26. Oktober 2002 in Brüssel zunächst vertagt und letztlich mit Kompromissen bezüglich der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion vom Rat am 26. Juni 2003 in Luxemburg beschlossen (zu den Konsequenzen für Österreich siehe Sinabell – Schmid, 2003).

In den hier untersuchten Ländern Finnland, Schweden und Österreich weist die Landwirtschaft einen relativ geringen Anteil an der Gesamtwirtschaft auf; sie erhalten daher relativ geringe Agrarmittel aus dem EU-Haushalt. Obwohl in Finnland und Österreich der Anteil der Landwirtschaft mit rund 6% der Gesamtbeschäftigten etwa gleich hoch ist, bezog Österreich seit 1995 mehr Mittel aus dem EU-Haushalt. Das liegt auch daran, dass Österreich im Gegensatz zu Finnland und Schweden in großem Umfang von der neuen Mittelkategorie "ländliche Entwicklung" profitiert (Übersicht 7). Österreich schöpfte 2,5% aller Ausgaben aus dem EU-Haushalt für die Landwirtschaft für das Jahr 2001 aus (Europäische Kommission – Eurostat, 2002, S. 115), Finnland 2% und Schweden 1,9%. Der Anteil an den direkten Einkommensbeihilfen ist für die drei Länder recht ähnlich (Österreich und Schweden jeweils 1,9%, Finnland 1,4%). Bezüglich der Ausfuhrerstattungen liegen Finnland (2,3%) und Schweden (2%)

⁷⁾ VO (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989, Abl. L 395 vom 30. Dezember 1989, geändert durch VO (EG) Nr. 1310/97 des Rates vom 30. Juni 1997, Abl. L 180 vom 9. Juli 1997.

Grundlegende Änderungen in der Wirtschaftspolitik durch den EU-Beitritt

Wettbewerbsrecht

Gemeinsame Agrarpolitik

vor Österreich (1,4%). 10,4% der EU-Ausgaben für den ländlichen Raum fließen nach Österreich, 7,5% nach Finnland und 3,5% nach Schweden. Der Anteil Österreichs an den Mitteln für die Lagerhaltung (2,2%) ist ebenfalls wesentlich höher als der Schwedens (0,6%) und Finnlands (0,2%).

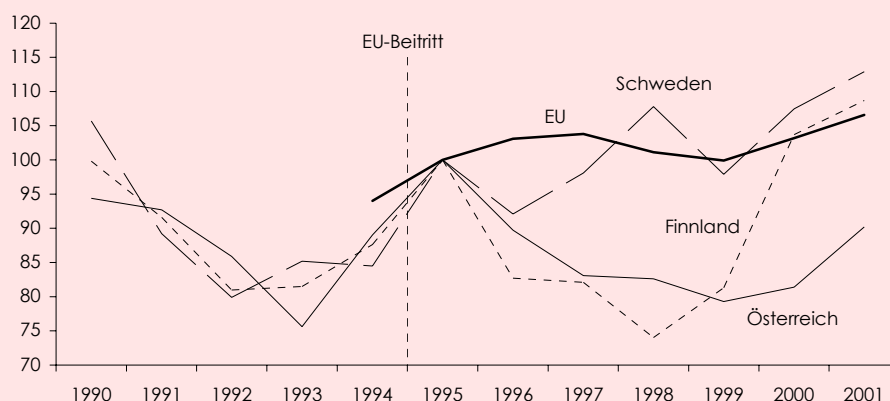
Übersicht 7: Beziehungen zum EU-Haushalt

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
		Mio. €						
Eigenmittel ¹⁾	Finnland	887,4	964,0	1.061,9	1.145,8	1.210,7	1.225,7	1.233,2
	Österreich	1.762,9	1.874,0	2.110,4	2.085,8	2.053,7	2.093,6	2.091,0
	Schweden	1.658,3	1.969,0	2.326,0	2.382,7	2.348,8	2.632,9	2.337,7
Operative Ausgaben insgesamt ²⁾	Finnland	753,4	1.052,0	1.118,0	975,1	936,4	1.396,3	1.020,1
	Österreich	902,3	1.660,5	1.386,8	1.329,5	1.242,0	1.398,4	1.403,3
	Schweden	760,7	1.312,5	1.196,6	1.343,7	1.164,6	1.214,5	1.092,9
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): EAGFL – Abteilung Garantie	Finnland	63,3	649,2	570,6	576,4	560,0	727,8	815,8
	Österreich	87,5	1.214,1	861,3	843,2	844,4	1.018,7	1.052,6
	Schweden	76,5	624,1	747,0	770,9	734,8	798,1	780,1
Strukturpolitische Maßnahmen	Finnland	173,8	155,9	379,9	256,8	252,7	542,6	83,6
	Österreich	175,1	270,6	364,0	340,7	296,3	260,8	206,4
	Schweden	125,6	132,7	230,6	375,8	287,4	232,2	135,6
Netto: operativer Haushaltssaldo ³⁾	Finnland	- 70,6	72,6	39,8	- 102,4	- 194,8	274,5	- 150,4
	Österreich	- 788,0	- 264,5	- 779,8	- 629,2	- 628,8	- 447,8	- 536,4
	Schweden	- 673,6	- 587,9	- 1.097,7	- 779,9	- 897,3	- 1.059,5	- 973,3
In % des BIP	Finnland	- 0,08	0,08	0,04	- 0,09	- 0,17	0,22	- 0,12
	Österreich	- 0,44	- 0,15	- 0,43	- 0,34	- 0,32	- 0,22	- 0,26
	Schweden	- 0,38	- 0,30	- 0,54	- 0,38	- 0,41	- 0,45	- 0,44

Q: Europäische Kommission (2002C). – ¹⁾ Zahlungen an den EU-Haushalt: Traditionelle Eigenmittel (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Erhebungskosten), MWSt-Eigenmittel, BSP-Eigenmittel. – ²⁾ Neben GAP- und Strukturpolitik: interne Politikbereiche, Verwaltungsausgaben. – ³⁾ Positiv ... Nettoempfänger, negativ ... Nettozahler.

Abbildung 5: Landwirtschaftliche Einkommen

Reales Faktoreinkommen je Arbeitskraft, 1995 = 100



Q: Europäische Kommission – Eurostat (2002).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie sich die landwirtschaftlichen Einkommen der drei Länder seit der Übernahme der GAP entwickelten. Eine Auswertung der Europäischen Kommission ergibt folgendes Bild (Abbildung 5): Der Index der Realeinkommen pro Kopf (Faktoreinkommen) stieg im Durchschnitt 1995/2001 gegenüber der Periode 1990/1994 in Schweden um 13% und in Finnland um 2%. In Österreich sank der Index im selben Zeitraum hingegen um rund 1%. Zwischen 1995 und 2001 ergab sich in Schweden ein Realeinkommenszuwachs von 13% und in Finnland von 9% (+2% bzw. +1,5% pro Jahr). In Österreich sank der Index dagegen um 10% oder 1,6% pro Jahr. Im selben Zeitraum erhöhte sich der Index in der EU 15 um

7% (oder 1% pro Jahr). Die drei neuen Mitgliedsländer profitierten somit von der Integration in die GAP sehr unterschiedlich.

Die Strukturpolitik der EU hat zum Ziel, den "... wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern" (Art. 2 EGV). Im Rahmen der Strukturpolitik fließen Mittel daher vorrangig an die ärmeren Länder. Finnland, Schweden und Österreich sind reiche Länder mit relativ geringen Strukturproblemen. Dennoch strebten sie in den Beitrittsverhandlungen unter dem Titel Strukturpolitik ein optimales Ergebnis an. In Österreich wurde das Burgenland zum Ziel-1-Gebiet mit höchster Förderwürdigkeit erklärt (Kriterium ist ein BIP pro Kopf von weniger als 75% des EU-Durchschnitts). Finnland und Schweden erreichten (zusammen mit Norwegen) die Definition eines neuen Ziels (Ziel 6: subarktische Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte). Nach der Reform der Strukturpolitik im Rahmen der Agenda 2000 wurde der Zielkatalog ab 2000 von sechs auf drei Ziele reduziert: Ziel 1 blieb für einkommenschwache Regionen erhalten, Ziel 2 gilt für industrieschwache Regionen und Ziel 3 für Arbeitsmarktaufgaben. Ziel 6 wurde in Finnland und Schweden in das Ziel 1 übergeführt.

Die Auswertung der operativen Ausgaben ergibt, dass die drei Länder die Transfers aus dem EU-Haushalt unter dem Titel "strukturpolitische Maßnahmen" recht gleichmäßig ausschöpften. In den einzelnen Jahren lag jeweils ein anderes Land voran, zuletzt im Jahr 2001 erhielt Österreich relativ am meisten Mittel (Übersicht 7).

Finnland partizipierte an den EU-Mitteln für strukturpolitische Maßnahmen (für das Jahr 2001) mit 0,4%, Österreich mit 0,9% und Schweden mit 0,6% (*Europäische Kommission*, 2002C, S. 115). Aufgeschlüsselt nach Zielgebieten liegt Österreich bezüglich der Ausgaben für Ziel 2 voran (2,7% gegenüber 0,7% in Finnland und 0,9% in Schweden), Schweden bezüglich Ziel 3 (4,4%; Österreich 3,9%, Finnland 1%). Mit je 0,2% der gesamten Ziel-1-Förderungen erhalten Finnland und Österreich gleich viel (Schweden 0,1%). Für innovative Maßnahmen und technische Hilfen bezieht hingegen Schweden (3,7%) wesentlich mehr EU-Mittel als Finnland (2%) und Österreich (1,7%). An Gemeinschaftsinitiativen ist Österreich stärker beteiligt (1,8%) als Finnland und Schweden (jeweils 0,9%).

Aus der Differenz zwischen Eigenmitteln, die die Mitgliedstaaten im Ausmaß von höchstens 1,27% des BSP an den EU-Haushalt leisten müssen (Übersicht 7), und operativen Ausgaben (vor allem für die GAP und die Strukturpolitik) ergibt sich der operative Haushaltssaldo. Österreich und Schweden sind demnach Nettozahler im Ausmaß von rund ½% des BIP, während Finnland im Durchschnitt eine ausgeglichene Position aufweist. Die Nettohaushaltsposition ist Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsrechnung. Für Nettozahler verringert sich dementsprechend die Wohlfahrt, für Nettoempfänger steigt sie.

Von den drei hier untersuchten Ländern nehmen nur Finnland und Österreich an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) seit Inkrafttreten der dritten Stufe am 1. Jänner 1999 teil. Schweden führte die gemeinsame Währung aus politischen Überlegungen und auch basierend auf einer ökonomischen Studie nicht ein – *Calmfors et al.* (1997) argumentieren, dass der Konjunkturzyklus in Schweden stärker mit Großbritannien und den USA korreliert als mit den anderen EU-Ländern. Voraussetzung für den Eintritt in die WWU war die Erfüllung der Konvergenzkriterien, wie sie der Vertrag von Maastricht festlegte: Inflationsrate, Budgetkriterien (Defizit und Schuldenstand), Zinssätze und Teilnahme am Wechselkursmechanismus (WKM)⁸⁾ des EWS ohne Abwertungen gegenüber Mitgliedstaaten.

Nach Überprüfung durch die *Europäische Kommission* (1998) und das *EWI* (1998) im März 1998 erfüllten Finnland und Österreich alle Kriterien. Im Gegensatz zu Österreich (seit dem 9. Jänner 1995) und Finnland (seit dem 14. Oktober 1996) nahm Schweden nie am WKM teil und erfüllte daher eines der fünf Konvergenzkriterien nicht. Schweden ist auch nicht dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) beigetreten, in dessen Rahmen die nicht an der WWU teilnehmenden Länder (anfangs vier EU-Länder, seit

⁸⁾ Mit dem alten Wechselkursmechanismus verpflichteten sich die Teilnehmer, bei über die vereinbarten Bandbreiten hinausgehenden Wechselkursschwankungen gemeinsam auf dem Devisenmarkt zu intervenieren.

Strukturpolitik

EU-Budget – Nettozahler

In und außerhalb der WWU

Finnland, Schweden und Österreich: zwei "Ins" und ein "Pre-In"

dem WWU-Eintritt Griechenlands am 1. Jänner 2001 nur noch Dänemark, Großbritannien und Schweden) ihre Wechselkurse in relativ engen Bandbreiten (höchstens $\pm 15\%$) an die Entwicklung des Euro binden; die Teilnahme am WKM II ist auf Wunsch Großbritanniens nicht verpflichtend. Der WKM II soll verhindern, dass über unfaire Abwertungen der WWU-"Ours" der EG-Binnenmarkt gestört würde.

Die schwedische Krone wertete gegenüber dem Euro zunächst auf (von Anfang 1999 bis Frühjahr 2000 um rund 15%), danach ab (bis Herbst 2001 um rund 18%) und wieder auf (bis Ende 2002 um rund 8%); seit Anfang 2003 ist eine Abwertung zu verzeichnen. Insgesamt wertete die schwedische Krone seit Anfang 1999 gegenüber dem Euro um rund 4% auf. Die relative Wettbewerbsfähigkeit Schwedens war, gemessen am real-effektiven Wechselkurs (relative Lohnstückkosten auf Dollarbasis gegenüber 22 Industrieländern) seit Inkrafttreten der WWU großen Schwankungen unterworfen. Sie verbesserte sich laut *Europäischer Kommission* (2002D) 1999 um 4,1% (reale Abwertung), im folgenden Jahr verschlechterte sie sich um 3,3% (reale Aufwertung); 2001 trat eine deutliche Verbesserung ein (um 6,9%; reale Abwertung). In den beiden WWU-Ländern Finnland und Österreich entwickelte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einheitlicher. In Österreich verbesserte sie sich in allen drei Jahren seit Inkrafttreten der WWU (reale Abwertung; 1999 -1,7%, 2000 -4,5%, 2001 -0,5%); in Finnland wurde in den ersten zwei Jahren eine Verbesserung verzeichnet (1999 -2,5%, 2000 -6,8%) und im Jahr 2001 eine Verschlechterung (reale Aufwertung; +3,4%).

Wirtschaftspolitik in der WWU

Die WWU ist ein wirtschafts- und währungspolitisches System, das auf einer ausgeprägten Asymmetrie basiert (Breuss, 2002A): Für die Geldpolitik ist die Europäische Zentralbank (EZB), für die anderen Bereiche der Wirtschaftspolitik (vor allem die Fiskalpolitik) sind nach wie vor die Mitgliedstaaten zuständig. Das macht eine Koordination notwendig. Die Koordination der Wirtschaftspolitik läuft auf verschiedenen Ebenen und im Rahmen zahlreicher Prozesse ab. Ein wichtiges Instrument der Koordination und Überwachung ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP). WWU-Teilnehmer (z. B. Finnland und Österreich) haben die Kompetenz in der Geld- und Wechselkurspolitik an die EZB übertragen, d. h. an Freiheit eingebüßt. Die Nicht-WWU-Länder (z. B. Schweden) können weiterhin eine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik betreiben. Die EU-Länder verstehen die Wirtschaftspolitik (darunter wird vorwiegend Fiskalpolitik verstanden) allerdings als "... eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat ..." (Art. 99 Abs. 1 EGV). Auch die Nichteilnehmer der WWU sind demnach gemeinsamen Zielen verpflichtet. So müssen im Rahmen des multilateralen Überwachungsprozesses der Fiskalpolitik die Euro-Teilnehmerländer jährlich Stabilitätsprogramme und die Nichteilnehmer Konvergenzprogramme vorlegen; die in dieser Form der Europäischen Kommission übermittelten mittelfristigen Budgetpläne müssen vom Ecofin-Rat genehmigt werden.

Allerdings gibt es im institutionellen Gefüge der Euro-Zone Unterschiede für die "Ins", d. h. die WWU-Teilnehmer, und "Pre-Ins", d. h. jene Länder, die die gemeinsame Währung noch nicht eingeführt haben. Erstere sind im provisorischen Euro-Rat vertreten, der dem offiziellen Ecofin-Rat vorgeschaltet ist und alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Eurozone vorweg abklärt. Die "Pre-Ins" sind auch nicht im Rat der EZB vertreten, der die Geldpolitik zentral für die Eurozone bestimmt, sondern nur im Erweiterten EZB-Rat (Art. 45 des Protokolls des EU-Vertrags über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank), der eine eingeschränkte Mitentscheidungsbefugnis hat (z. B. bezüglich der Statistik). Dem Vorteil der Autonomie in der Geld- und Wechselkurspolitik steht der erhebliche Nachteil des Ausschlusses von wesentlichen Entscheidungsgremien der Eurozone gegenüber.

Nach dem erfolgreichen Start mit der Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel am 1. Jänner 2002 überlegen die "Pre-Ins" neuerlich, an der Währungsunion teilzunehmen. In Schweden stimmte die sozialdemokratische Regierung mit großer Mehrheit für ein Referendum über Einführung des Euro am 14. September 2003.

Es ist noch zu früh für ein Urteil darüber, ob und wieweit die WWU zu einer Vereinheitlichung des europäischen Konjunkturzyklus geführt hat⁹⁾. Wenn dies zutrifft, fällt ein ökonomisches Argument des Calmfors-Berichts (*Calmfors et al., 1997*) weg: Vorbedingung für die erfolgreiche Teilnahme an der WWU wäre das Vorliegen einer engen Verflechtung der Konjunkturzyklen, denn die WWU-Teilnahme würde diese zwangsläufig herbeiführen (Hypothese der "endogenen Optimum Currency Area"; *Frankel – Rose, 1998*). Allerdings erscheinen auch die von *Rose (2000)* postulierten Handelsgewinne aus einer Teilnahme an einem Fixwechselkurssystem (Währungsunion) stark übertrieben. Die von ihm mit einem Gravitätsschätzansatz für 186 Länder für die Periode 1870/1990 abgeleitete Zunahme des Intra-Eurozone-Handels um das Drei- oder Vierfache scheinen jedenfalls (bisher) in der Eurozone ausgeblieben zu sein. Die *Rose-Schätzungen* wurden von *Persson (2001)* heftig kritisiert (eine Replik darauf von *Rose, 2001*); er kommt auf – gleichwohl enorme – Handelseffekte der Schaffung einer Währungsunion von +40%.

Eine makroökonomische Untersuchung der Vor- und Nachteile der Teilnahme an der WWU mit Simulationen mit einem Weltmakromodell von Oxford Economic Forecasting brachte folgende Ergebnisse (*Breuss, 1997*)¹⁰⁾: Für Hartwährungsländer sind die Vorteile einer Teilnahme an der WWU größer als für die Weichwährungsländer¹¹⁾. Demnach würde der Zuwachs des realen BIP in Österreich nach fünf Jahren in der WWU kumuliert 2,2 Prozentpunkte ausmachen (Hartwährungsländer insgesamt +1,9%, Weichwährungsländer +1,4%, EU-Durchschnitt +1,7%). Dahinter stehen mehrere WWU-Effekte: zum einen die Reduktion der Transaktionskosten (Wegfall des Währungsumtausches), zum anderen die Zunahme des Wettbewerbs im Finanzsektor (Wegfall der nationalen Segmentierung), Vorteile aus der Wechselkursstabilität und ein Wachstumseffekt nach Baldwin (Anstieg der gesamten Faktorproduktivität).

Die europäische Integration ist kein eindimensionaler Prozess. Die EU-Integration schreitet voran und hat mit der Schaffung der Währungsunion und der gemeinsamen Währung Euro einen hohen ökonomischen Reifegrad erreicht; zugleich stehen neue Erweiterungsschritte bevor. Im Jahr 2004 werden 10 neue Mitgliedsländer – vorwiegend aus Ost-Mitteuropa – aufgenommen, dann könnten die Balkanstaaten folgen und letztlich die Türkei. Diese zeitliche Komplexität macht es schwierig, Integrationseffekte für einzelne Mitgliedstaaten der EU zu isolieren.

Seit dem EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens liefen innerhalb und außerhalb der EU folgende Entwicklungen ab:

- Innerhalb der EU wurde 1993 der Binnenmarkt geschaffen, dessen Umsetzung erst schrittweise erfolgte.
- Im Jahr 1998 zwang die Prüfung der Teilnahmefähigkeit der EU-Mitgliedstaaten für die kommende WWU (Erfüllung der Konvergenzkriterien) zu einer Harmonisierung der Zinspolitik und einer generellen Anstrengung zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die erhebliche Auswirkungen auf den realen Sektor der Volkswirtschaften hatte.
- 1999 begann die WWU mit 11 EU-Mitgliedstaaten, Griechenland trat im Jahr 2001 in die Währungsunion ein.
- Außerhalb der EU intensivierte sich seit der Ostöffnung 1989 der Handel mit den MOEL stark – vorrangig in jenen Staaten, die schon zuvor enge Handelsbeziehungen mit den MOEL hatten wie Finnland und Österreich, etwas weniger in Schweden. Die handelspolitischen Integrationseffekte durch den EU-Beitritt wurden somit von einer beträchtlichen Zunahme der Handelsaktivität mit den MOEL überlagert.

⁹⁾ Entsprechende Argumente stellt *Breuss (2000B)* gegenüber.

¹⁰⁾ Eine umfassende Analyse der Folgen der WWU für Österreich bieten *Baumgartner – Breuss – Kramer – Walterskirchen (1997)*.

¹¹⁾ Als Hartwährungsländer gelten jene Länder, die ihre Währung in der Vergangenheit teils eng an die DM gebunden hatten wie z. B. Österreich. Zu den Weichwährungsländern zählten auch Finnland und Schweden, da sie bis Mitte der neunziger Jahre große Wechselkursschwankungen aufwiesen; damals wurde angenommen, dass sowohl Finnland als auch Schweden an der WWU teilnehmen würden.

Euro-Dividende?

Integrationseffekte ex ante und ex post

Von der Schwierigkeit, Integrationseffekte zu isolieren

**Erwartungen ex ante –
Integrations­theorie**

- Unter dem Einfluss des weltweiten Konjunkturabschwungs trat 1993 in der EU eine Rezession auf; seither erholte sich die Konjunktur, allerdings schwächer als in den USA. Seit 1991 verharrt Japan in einer Deflationskrise.

Angesichts dieser komplexen ökonomischen Realität wird deutlich, dass schon eine Prognose (Ex-ante-Evaluierung) von Integrationseffekten aufgrund von theoretischen Erwartungen schwierig ist, dass aber eine nachträgliche Quantifizierung der Effekte eines Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft (ex post) noch viel ambitionärer ist.

Die Theorie der regionalen Integration ist gut entwickelt und erlaubt mit numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen (CGE-Modellen) oder makroökonomischen Modellen ex ante relativ konkrete Schätzungen. Baldwin – Venables (1995, S. 1601) leiten eine Prototyp-Gleichung ab, die alle denkbaren Effekte einer regionalen Integration (Beitritt zu einer Integrationsgemeinschaft) abbildet (Ableitung der Wohlfahrtseffekte aus einer indirekten Nutzenfunktion). Hier wird diese Gleichung hinsichtlich der Integrationseffekte in Finnland, Österreich und Schweden anlässlich des EU-Beitritts interpretiert:

$$(1) \quad \frac{dV}{V_E} = \alpha t dm - m d[t - \alpha t] - m dp + \\ + [p + t - \alpha] dX - X a_x + \frac{V_n}{V_E} dn + \\ + (\tilde{r}/\rho - 1) dI .$$

Die Veränderung der Wohlfahrt (dV , $d \dots$ Differenzoperator) eines repräsentativen Konsumenten relativ zum Grenznutzen der Konsumausgaben (V_E) hängt theoretisch von folgenden Teilintegrationseffekten ab:

- *Traditionelle Handelseffekte* bei vollständiger Konkurrenz: Der rechte Teil in der ersten Zeile von Gleichung (1) enthält die Handelseffekte, bestehend aus drei Untereffekten: einem *Handelsvolumeneffekt (HV)* $\alpha t dm$, wobei $t \dots$ Vektor der Handelskosten (Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse), $m \dots$ Vektor der Nettoimporte ($+ =$ Importe), $\alpha \dots$ Parameter ($\alpha = 1$ wenn Zolleinnahmen im Inland anfallen, $\alpha = 0$ wenn keine Renten, d. h. Zolleinnahmen im Inland anfallen); einem *Handelskosteneffekt (HK)* $- m d[t - \alpha t]$ und einem *Terms-of-Trade-Effekt (TOT)* $- m dp$, wobei $p \dots$ Vektor der Preise an der Grenze.

Die HV-Effekte kämen nur zum Tragen, wenn zwischen den drei neuen Mitglieds­ländern und der EU vor Eintritt in die EU noch Zölle bestünden (durch den Eintritt in eine Zollunion mit gemeinsamem Außenzoll würden handelsschaffende und handelsumlenkende Effekte auftreten). Tatsächlich waren die Zölle bereits vorher durch die Freihandelsabkommen von 1972 (EFTA-EG) eliminiert ($t = 0$). Daher spielen beim Eintritt in den Binnenmarkt nur mehr die HK-Effekte in Form des Wegfalls von Handelsbarrieren und nichttarifären Hemmnissen eine Rolle (daher gilt $\alpha = 0$), und es ist nur noch der Ausdruck $- m dt$ relevant. Durch den EU-Beitritt steigt die Wohlfahrt, weil die (zolläquivalenten) Handelsbarrieren (Handelskosten durch Grenzkontrollen) wegfallen. Da die drei neuen Mitglieder kleine Länder sind, die die Weltmarktpreise und damit die Terms-of-Trade nicht beeinflussen können, fällt auch der TOT-Effekt weg (dritter Ausdruck auf der rechten Seite in der ersten Zeile von Gleichung (1): $dp = 0$).

- *Moderne Integrationseffekte* bei unvollständiger Konkurrenz: Die zweite Zeile von Gleichung (1) enthält drei Integrationseffekte aus der modernen Außenhandels­theorie: einen *Produktionseffekt (PE)* $[p + t - a] dX$ (der Klammerausdruck entspricht dem Gewinn, also Erlös $p + t$ minus Kosten a , $dX \dots$ Veränderung des Produktionsvektors), einen *Economies-of-Scale-Effekt (EOS)* $- X a_x dx$ ($a_x \dots$ Durchschnittskosten, d. h. Faktorpreise für Kapital und Arbeit im Sektor x) und einen *Produktvariationseffekt (VE)* $(V_n/V_E) dn$ ($V_n \dots$ Grenznutzen einer Produktvariante n).

Der Beitritt zum Binnenmarkt kann theoretisch alle drei Untereffekte aufweisen. Zum einen bewirkt er eine Produktionsausweitung (PE-Effekt), zum anderen initiiert

die Verstärkung des Handels im Binnenmarkt den intraindustriellen Handel, der wiederum durch unvollständige (monopolistische) Konkurrenz erklärt werden kann. Integration in einen größeren Markt erlaubt die Nutzung von EOS-Effekten. Einem Ausbau marktbeherrschender Stellungen könnte der Effekt einer Intensivierung des Wettbewerbs durch die Verstärkung des Intra-EU-Handels entgegenwirken (Verlust von Monopolstellungen). Würde im Binnenmarkt das Ideal eines vollständig fairen Marktes verwirklicht, so wären allerdings im Industriegleichgewicht die Kosten gleich den Preisen; sowohl der PE- als auch der EOS-Effekt fielen weg, sodass nur der VE-Effekt übrig bliebe. Die Teilnahme am großen Binnenmarkt kann zum einen eine Produktionsverlagerung in den Binnenmarkt nach sich ziehen und zum anderen die Aufrechterhaltung produktbezogener Monopolstellungen zur verstärkten Produktdifferenzierung und daher zur Ausweitung der Produktvarianten (VE-Effekt). Wie hoch dieser Effekt ist, ist empirisch schwer festzustellen. Die Hypothese von *Casella* (1996), dass kleine Länder mehr von Eintritt in eine Integrationsgemeinschaft gewinnen als große Länder, weil erstere größere Skaleneffekte lukrieren sollten, ist zwar plausibel, empirisch aber nicht eindeutig zu beweisen (*Badinger – Breuss, 2002*).

- *Akkumulations- oder Wachstumseffekte (AE):* $(\tilde{r}/\rho - 1) dI$, wobei \tilde{r} ... soziale Ertragsrate des Faktors Kapital, ρ ... Diskontsatz, I ... Investitionen (dritte Zeile von Gleichung (1)). Die wichtigste Frage im Zusammenhang mit Integrations-schritten ist, ob sie das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Dies ist der Fall, wenn die Integration die Erträge von Investitionen in Sach- oder Humankapital erhöht. Eine weitere Frage ist, ob die dynamischen oder Wachstumseffekte nur kurzfristig oder langfristig (permanent) sind. Im ersten Fall ergibt sich anlässlich des Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft ein schockartiger Anstieg des Niveaus z. B. des realen BIP (einmaliger Wachstumsschub), dem eine normale Entwicklung folgt. Im zweiten Fall wären die Wachstumsraten des realen BIP permanent höher als zuvor (höheres "Steady-State"-Wachstum). Die Teilnahme am Binnenmarkt bewirkt auch Investitionsbeschaffung und -ablenkung: Während neue Mitglieder attraktiv für ausländische Direktinvestitionen (FDI) werden, verzeichnen die verbliebenen EFTA-Länder eine Investitionsablenkung. Langfristig könnte ein EU-Beitritt über technische Spill-overs das Wachstum verstärken (*Coe – Helpman, 1995*) – entweder als Folge der Zunahme des Intra-EU-Handels oder weil der wissenschaftliche Austausch staatlich gefördert wird (EU-Rahmenprogramme) und dadurch in Forschung und Entwicklung investiert wird, was indirekt das Wachstum langfristig stimuliert. Die Frage von Standorteffekten durch einen EU-Beitritt könnte auch mit dem modernen Ansatz der Economic Geography (*Krugman, 1991, Baldwin – Venables, 1995, S. 1619*) analysiert werden; dieser Zweig der Handelstheorie ist empirisch noch wenig ausgelotet.

Die wenigsten CGE- und Makromodelle erlauben die Quantifizierung aller dieser theoretisch denkbaren Integrationseffekte. Am nächsten kommt diesem theoretischen neoklassischen Idealbild das dynamische CGE-Modell von *Keuschnigg – Kohler* (1996). Vor und kurz nach dem EU-Beitritt zur EU wurden in den drei neuen Mitgliedstaaten zahlreiche Studien über die möglichen Integrationseffekte dieses Schrittes vorgelegt¹²⁾. Zugleich wurden mit CGE-Modellen die Integrationseffekte in der EFTA untersucht (z. B. *Norman, 1989*) oder jene von EU und EFTA verglichen (*Haaland, 1993*). Die wichtigsten Ergebnisse für Finnland, Österreich und Schweden fasst Übersicht 8 zusammen.

Alle diese Studien erwarteten vom EU-Beitritt der drei Länder relativ viel, die quantitativen Ergebnisse waren aber recht unterschiedlich. Während die Analyse für Österreich von *Breuss – Kratena – Schebeck* (1994) mit einem verknüpften Makro-Input-Output-Modell und von *Keuschnigg – Kohler* (1996) mit einem dynamischen Mehrsektoren-CGE-Modell durchsimuliert wurde, sind die Ergebnisse für die anderen Länder relativ einfache Ableitungen aus vermuteten Handels-, Preis- und Konkurrenzeffekten (z. B. *Flam, 1995*; auch *Keuschnigg – Kohler, 1996*, für Finnland und Schweden nur abgeleitet aus den Modellelastizitäten des Österreich-Modells).

¹²⁾ Einen Überblick geben *Widgrén* (1999) für Finnland, *Breuss* (1995, 1996, 1999A) für Österreich und *Dahl* (1999) sowie *Kokko* (1994) für Schweden.

Übersicht 8: Schätzung der Integrationseffekte ex ante

	Finnland	Österreich	Schweden
	Nettowohlfahrtseffekte in % des BIP		
<i>Flam</i> (1995, S. 465)	+0,86	+0,08	+0,22
<i>Keuschnigg – Kohler</i> (1996, S. 187)	+1,00	+1,18	+0,59
	Kumulierte Abweichung des realen BIP von der Basislösung ohne EU-Beitritt		
Permanente Effekte (<i>Alho – Erkkilä – Kotilainen</i> , 1996, <i>Widgrén</i> , 1999, S. 83)	+ 4,2		
Effekte nach 6 Jahren (<i>Breuss – Kratena – Schebeck</i> , 1994, S. S27)		+ 2,8	
Langfristige Effekte (<i>Keuschnigg – Kohler</i> , 1996, S. 169)		+ 1,9	

Erfahrungen ex post – ein Integrationsmodell

Obwohl die Integrationstheorie eine Vielzahl an Effekten für möglich hält, erscheint es wie erwähnt einfacher, ex ante Integrationseffekte zu behaupten als sie ex post zu verifizieren oder zu falsifizieren. Ein erster Versuch, die ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft für Österreich zu quantifizieren und mit Ex-ante-Schätzungen zu vergleichen (*Breuss*, 1999B, 2000A), ergab, dass die Erwartungen nahezu eingetroffen sind.

Nach der Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung der drei neuen Mitgliedsländer anhand wichtiger Eckdaten und dem Versuch, aus Vergleichen der Vor- und Nachbeitrittsperioden Schlüsse auf Integrationswirkungen zu ziehen, wird nun mit einem einheitlichen Modellansatz geschätzt, wie sich die verschiedenen Kanäle der Integration in den drei Ländern ausgewirkt haben. Für alle drei Länder wird das gleiche Modell (ein stark angebotsseitiges kleines Makromodell) entwickelt, die notwendigen Gleichungen werden jeweils ökonomisch für jedes Land geschätzt (siehe Anhang). Die Integrationseffekte werden dann mit Simulationen ermittelt.

Das Integrationsmodell geht von der Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 aus und lässt im zeitlichen Verlauf die Quantifizierung folgender Effekte zu:

- *Beschleunigung des BIP-Wachstums in der EU*: Die Annahme, dass der Binnenmarkt in den letzten zehn Jahren das Wachstum des realen BIP in der EU um jährlich 0,2 Prozentpunkte gesteigert hat, wird aus den Arbeiten von *Badinger* (2001, 2003) abgeleitet. Die *Europäische Kommission* (2002H, S. 2-3) kommt in ihrer Ex-post-Evaluierung "10 Jahre Binnenmarkt" mit Simulationen mit dem Makromodell QUEST II zum Schluss, dass seit 1992 in der EU 2,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen wurden und das Niveau des realen BIP der EU im Jahre 2002 um 1,8 Prozentpunkte oder 164,5 Mrd. € höher war als ohne Schaffung des Binnenmarktes¹³). Dies entspricht ebenfalls den hier getroffenen Annahmen einer jährlichen Beschleunigung des realen BIP-Wachstums der EU um rund 0,2 Prozentpunkte. Die Europäische Kommission unterstellte in ihrem *Cecchini-Bericht* etwas höhere BIP-Effekte. *Catinat – Donni – Italianer* (1988) ermitteln einen kumulierten Zuwachs des realen BIP der EU nach sechs Jahren von 4,5%¹⁴). Durch diese Annahme erhöhen sich im vorliegenden Modell lediglich die Exporte in die EU.
- *Verschärfung des Wettbewerbs im Finanzsektor seit 1993*: Der Binnenmarkt, stärker erst die WWU hatten eine Verschärfung des Wettbewerbs im Finanzsektor zur

¹³ Den simulierten BIP-Effekten einer Teilnahme am EU-Binnenmarkt über 10 Jahre liegen folgende Inputs im QUEST-II-Modell zugrunde: ein Rückgang der Preisaufschläge auf die Kosten (Mark-up) um rund 0,9 Prozentpunkte aufgrund der Wirkungen des Preiswettbewerbs auf dem integrierten Binnenmarkt und ein Anstieg der gesamten Faktorproduktivität (TFP) um ungefähr 0,5% wegen der Effizienzsteigerung auf dem Binnenmarkt infolge von Liberalisierung bzw. Deregulierung und Privatisierung (*Roeger – Sekkat*, 2002). Der TFP-Modellinput resultiert aus den Erkenntnissen verschiedener Untersuchungen des Einflusses der Öffnung der Märkte (Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung) auf Sektorebene und für die Gesamtwirtschaft – etwa *Nicoletti – Scarpetta* (2003) sowie *Salgado* (2002), die beide die Effekte von Liberalisierung (Reform der Produkt- und Arbeitsmärkte) auf die Entwicklung der gesamten Produktivität (TFP) auf Sektor- und Volkswirtschaftsebene mit Panel-Schätzungen für die Industrieländer der OECD untersuchen.

¹⁴ In einer Zwischenbewertung durch die *Europäische Kommission* (1996) wurden die Ergebnisse des *Cecchini-Berichts* weitgehend bestätigt.

Folge¹⁵). Hier wird unterstellt, dass dadurch die langfristigen Nominalzinssätze in Deutschland jährlich um 0,1 Prozentpunkt sanken. Dies bedeutet im vorliegenden Modell auch einen Rückgang der Zinssätze in den drei neuen EU-Ländern; er begünstigte die Kapitalbildung und hatte einen leicht positiven Impuls auf das reale BIP.

- *Allgemeine Intensivierung des Wettbewerbs im Binnenmarkt seit 1993:* Der Cecchini-Bericht (*Catinat – Donni – Italianer*, 1988) unterstellt, dass der verstärkte Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt die Inflation der Verbraucherpreise über sechs Jahre kumuliert um 6 Prozentpunkte verlangsamt; das würde sich auch in einer Dämpfung der Exportpreise um 5½ Prozentpunkte niederschlagen¹⁶). Hier wird unterstellt, dass diese Exportpreisdämpfung in den drei neuen Mitgliedsländern einen Effekt auf die Importpreise von –0,5 Prozentpunkten pro Jahr hatte. Durch die Verringerung der importierten Inflation wird das Preisniveau im Inland gedämpft; das schlägt sich in einer Verlangsamung der Inflation der Verbraucherpreise nieder.

Die drei hier untersuchten Länder nahmen bereits 1994 als Mitglieder der EFTA am EWR teil. Neben den vom EWR-Abkommen postulierten vier Freiheiten (die aber nur unvollständig verwirklicht wurden) wurde vor allem die Wettbewerbspolitik vereinheitlicht. Hier wird unterstellt, dass dies bereits vor dem EU-Beitritt eine Verschärfung des Preiswettbewerbs zur Folge hatte. Dieser Effekt wird durch eine Anpassung des Monopolaufschlags (Mark-up) in der Preisgleichung berücksichtigt. Daraus ergibt sich eine Veränderung der relativen Faktorpreise. Die resultierende Senkung der Inlandspreise wirkt sich positiv auf die real verfügbaren Einkommen (Konsumentenwohlstand) aus. Wie groß dieser Konkurrenzeffekt ist, ist empirisch schwer zu erfassen¹⁷). Hier wird eine Verringerung des Mark-up seit 1994 um 15 Prozentpunkte angenommen.

- *Handelseffekte:* Sowohl 1994 als auch 1995 ergaben sich im Handel der drei Beitrittsländer mit der EU sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite kräftige Zuwächse, die sich dann rasch auf "normale" Wachstumsraten zurückbildeten, sodass daraus nur zu Beginn leicht positive BIP-Effekte resultierten. Hier geht sowohl in die Gleichung für die realen Exporte in die EU als auch in jene für die realen Importe aus der EU eine Integrationsvariable ein, die *Badinger* (2001) für seine Wachstumsschätzungen verwendet. Eine Dämpfung der Handelskosten um rund 5% durch den Wegfall der Grenzkontrollen wird dabei seit 1994 teilweise und seit 1995 voll berücksichtigt. Die Simulationen gehen davon aus, dass die Handelskosten ohne Binnenmarktrealisierung nicht gesenkt worden wären. So kann der sprunghafte Anstieg von Exporten und Importen kurz nach dem EU-Beitritt abgebildet werden.
- *Endogenes Wachstum durch eine Steigerung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung:* Das hier konzipierte Integrationsmodell mit einer Produktionsfunktion endogenisiert den technischen Fortschritt nach der Methode von *Coe – Helpman* (1995): Die Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität wird durch jene der Arbeitsproduktivität und der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im eigenen Land sowie durch Spill-overs von Forschungsaktivitäten aus der EU erklärt. Die Spill-overs ergeben sich dadurch, dass die Forschungs- und Entwicklungsquote der EU mit dem modellendogen bestimmten Anteil der Importe aus der EU multipliziert wird. In den Simulationen wird nun unterstellt, dass durch die Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EU die Forschungs- und Entwicklungsquote in den drei neuen Mitgliedsländern um 0,1% des BIP mehr gesteigert werden konnte als ohne EU-Mitgliedschaft (Abbildung 6). Gemäß dieser Annah-

EWR-Effekte seit 1994

EU-Beitritt 1995

¹⁵) Der Wachstumseffekt einer vollen Integration der europäischen Finanzmärkte wird für die meisten EU-Mitgliedstaaten auf rund 1 Prozentpunkt (Beschleunigung des BIP-Wachstums pro Jahr) geschätzt (*Gianetti et al.*, 2002).

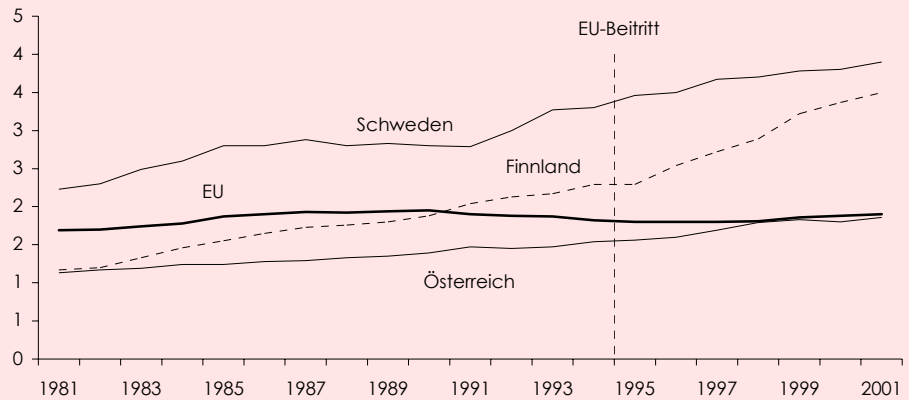
¹⁶) *Allen – Gasiorek – Smith* (1998) untersuchen die Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes auf die Preis-Kosten-Spannen (Monopolaufschläge – Mark-up) für eine Vielzahl von Industriesektoren und stellen im Durchschnitt der EU eine Verringerung um 3½% fest.

¹⁷) Entsprechende erste Schätzungen legten *Allen – Gasiorek – Smith* (1998) nach Inkrafttreten des Binnenmarktes – allerdings nur für die Industrie – vor.

me wäre der Zuwachs außerhalb der EU geringer gewesen, als er tatsächlich war. Daraus resultieren kräftige Integrationseffekte für das BIP.

Abbildung 6: Forschungs- und Entwicklungsausgaben

In % des BIP



Q: OECD, Main Science and Technology Indicators; <http://www.sourceoecd.org>.

Übersicht 9: Ausländische Direktinvestitionen (Ströme)

	1990	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
In % des BIP									
Finnland									
FDI-Exporte									
EU laut OECD	4,17	12,14	3,84	7,90	11,48	54,25	14,00	.	.
Insgesamt laut OECD	7,14	13,21	3,85	9,72	16,15	58,63	21,72	91,25	.
Insgesamt laut UNCTAD	2,32	4,30	1,16	2,82	4,31	1,45	5,15	19,87	6,01
FDI-Importe									
EU laut OECD	1,82	3,56	1,62	3,43	5,12	36,37	14,45	.	.
Insgesamt laut OECD	2,17	4,85	2,73	3,00	6,46	38,18	15,14	33,54	.
Insgesamt laut UNCTAD	0,70	1,58	0,82	0,87	1,73	9,41	3,59	7,31	2,99
Österreich									
FDI-Exporte									
EU laut OECD	0,54	0,45	0,32	0,50	0,84	1,37	1,04	0,66	.
Insgesamt laut OECD	1,38	1,02	0,85	1,52	1,81	2,53	3,17	3,72	.
Insgesamt laut UNCTAD	1,01	0,60	0,48	0,84	0,97	1,30	1,57	3,04	1,57
FDI-Importe									
EU laut OECD	0,37	0,50	0,82	3,02	1,53	4,48	2,14	9,44	.
Insgesamt laut OECD	0,55	1,12	1,43	3,49	2,41	4,18	2,86	10,43	.
Insgesamt laut UNCTAD	0,40	0,66	0,81	1,91	1,29	2,15	1,42	4,68	3,13
Schweden									
FDI-Exporte									
EU laut OECD	12,08	4,47	2,08	1,04	2,07	15,57	10,55	34,91	0,58
Insgesamt laut OECD	16,01	9,48	14,67	5,74	17,71	35,53	33,23	68,18	14,51
Insgesamt laut UNCTAD	6,19	3,24	4,67	1,78	5,29	10,17	9,04	17,72	3,42
FDI-Importe									
EU laut OECD	1,75	4,00	1,31	3,44	7,89	21,13	77,16	18,01	16,67
Insgesamt laut OECD	2,14	8,99	18,90	6,24	15,36	28,52	92,21	39,26	23,95
Insgesamt laut UNCTAD	0,83	3,07	6,02	1,94	4,59	8,16	25,08	10,20	6,07

Q: 1996-2001: UNCTAD, World Investment Report 2002, Washington D.C., 2002. 1988-1995: OECD, International Direct Investment Statistics Yearbook, 1980/2000-2001, Paris, 2002, <http://www.sourceoecd.org>.

- *Einstrom an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) aus der EU:* Der EU-Beitritt verbesserte die Standortqualität der drei neuen Mitgliedsländer deutlich. Seit 1995 ergab sich ein massiver Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen (nicht nur) aus der EU. Die FDI-Statistiken der OECD und der UNCTAD unterscheiden sich hier erheblich; für die vorliegenden Berechnungen wurden die OECD-Daten verwendet (Übersicht 9). Annahmegemäß beschleunigte der FDI-Zustrom die Kapitalbildung und löste daher Wachstumseffekte aus. Es wird unterstellt, dass ohne EU-

Beitritt die FDI-Dynamik schwächer gewesen wäre bzw. sich im bisherigen Trend weiterentwickelt hätte. Die Folge des FDI-Zustroms sind erhebliche positive BIP-Effekte, vor allem in Finnland.

- *Nettozahlerposition gegenüber dem EU-Haushalt:* Die Zahlungen an den EU-Haushalt (in Prozent des BIP; Übersicht 7) werden hier als Wohlfahrtseffekte mit der Steigerung des BIP pro Kopf saldiert. Sie sind immer negativ für die Nettozahler Österreich und Schweden und nahezu null für Finnland.

Die Gesamteffekte für die drei Länder zeigt Übersicht 10 für die wichtigsten Makrovariablen: Finnland verzeichnete demnach die stärksten positiven BIP-Effekte durch den EU-Beitritt vor Österreich und Schweden. Die hier ex post ermittelten Wirkungen sind sehr ähnlich jenen von Breuss (1999B, 2000A). Die ausgewiesenen Änderungen der durchschnittlichen Wachstumsraten wirken nicht permanent, sondern nur temporär (Abbildung 7; dies deckt sich mit den Ergebnissen von Badinger, 2001, 2003). Nach den anfänglichen Mitnahmeeffekten durch Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 und den Konkurrenzeffekt des EWR im Jahr 1994 kamen die eigentlichen EU-Beitrittsffekte zum Tragen; sie klangen nach fünf bis sechs Jahren ab. Der EU-Beitritt erhöhte also nicht das "Steady-State"-Wachstum des realen BIP, sondern löste lediglich einen Niveaueffekt aus: Das reale BIP der drei neuen Mitgliedsländer sprang nach dem EU-Beitritt einmal nach oben¹⁸⁾. Seither wächst es mit "normalen" Raten weiter.

Gesamteffekte

Übersicht 10: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt

	Finnland	Österreich	Schweden
	Durchschnittliche zusätzliche jährliche Veränderung 1995/2001 in %		
BIP, real	+ 0,83	+ 0,42	+ 0,30
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	+ 0,26	+ 0,24	+ 0,20
Kapitalstock	+ 0,12	+ 0,09	+ 0,04
Beschäftigte	+ 0,70	+ 0,20	+ 0,11
Arbeitslosenquote (Prozentpunkte)	- 0,83	- 0,14	- 0,16
Inflationsrate (HVPI)	- 0,32	- 0,32	- 0,52
Lohnstückkosten	- 0,12	- 0,27	- 0,29
Exporte in die EU, real	+ 1,91	+ 1,33	+ 0,79
Importe aus der EU, real	+ 3,86	+ 1,64	+ 0,82
Verfügbares persönliches Einkommen, real	+ 0,82	+ 0,55	+ 0,49
BIP, real pro Kopf	+ 0,83	+ 0,42	+ 0,30
Einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt	+ 0,81	+ 0,38	+ 0,23

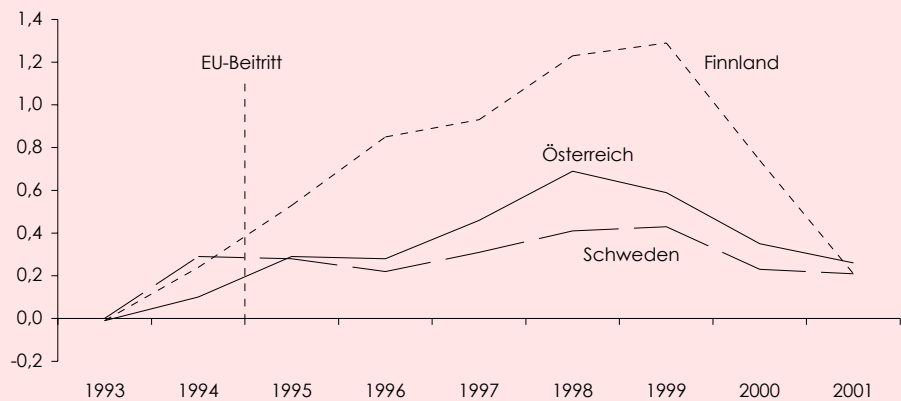
Q: WIFO-Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang).

Die wichtigsten Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum gehen von den "modernen" Integrationseffekten aus (Forschung und Entwicklung, ausländische Direktinvestitionen). Ihr Ausmaß ist niemals exakt zu ermitteln, weil die Situation des "anti-monde", also die Entwicklung aller Variablen ohne Integration immer unbekannt ist. Die Ergebnisse sind aber vor dem Hintergrund der Ex-ante-Schätzungen nicht ganz unplausibel. Kein ökonomisches Modell kann alle theoretisch denkbaren Integrationseffekte abbilden; noch weniger sind diese ex post überhaupt jemals exakt zu erfassen. Eine nicht modellmäßige Methode zur Ermittlung von Integrationseffekten würde darin bestehen, die Entwicklung der drei neuen Mitgliedsländer mit ausgewählten Referenzländern (solchen, die nicht der EU beigetreten sind) zu vergleichen – wie dies am Beginn des vorliegenden Beitrags in Vergleichen mit den USA und der Schweiz erfolgte. Auch hier können nie die vollen Unterschiede zwischen den EU-"Ins" und den EU-"Outs" als Integrationseffekte identifiziert werden.

¹⁸⁾ Das Niveau des realen BIP stieg durch Mitnahmeeffekte des EU-Binnenmarktes und den EU-Beitritt von 1993 bis 2001 kumuliert in Finnland um 6%, in Österreich um 3% und in Schweden um nur 2½%. Dagegen errechnete die Europäische Kommission (Roeger – Sekkat, 2002) für die EU insgesamt einen kumulierten Niveauanstieg des realen BIP aufgrund der Binnenmarktintegration innerhalb von 10 Jahren von 1,4% (mit einer Spannweite von +0,76% bis +2,05%). Allerdings sind hier nicht alle Binnenmarkteffekte berücksichtigt, insbesondere nicht jene der Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Die Liberalisierung verschiedener Netzwerkbranchen (Strom, Gas, Telekommunikation) dürfte das BIP innerhalb von 10 Jahren zusätzlich um etwa 0,6% gesteigert haben (Europäische Kommission, 2002), Chapter 3).

Abbildung 7: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt

BIP real, zusätzliche Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang).

Ausblick auf die Zukunft

Die EU ist in mehrfacher Hinsicht im Umbruch begriffen. Zum einen wird sie durch die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern auf 25 Länder anwachsen; dies wird den inneren Zusammenhalt der Integrationsgemeinschaft auf eine harte Probe stellen. Ob die im Nizza-Vertrag vorgesehene Neuorganisation der EU-Institutionen (Kommission, Rat, Europäisches Parlament) den neuen Anforderungen angemessen ist, bleibt abzuwarten. Die neue EU-Verfassung wird nicht vor 2009 in Kraft treten.

Die EU wird durch die Erweiterung um großteils "arme" Länder im Durchschnitt "ärmer", gewinnt aber durch die Erweiterung nach Osteuropa einen enormen neuen Markt (emerging markets) mit niedrigen Lohnkosten dazu. Berechnungen der Effekte dieser nächsten EU-Erweiterung (Breuss, 2001) lassen für Österreich die relativ größten Wachstumschancen erwarten (kumulierter Anstieg des BIP in 10 Jahren +1/2%) vor Finnland (+0,3%) und Schweden (+0%). Ob die Erweiterung die makroökonomische Stabilität gefährdet oder sich die neuen Mitgliedsländer rasch in das strenge wirtschaftspolitische Korsett der Eurozone einfügen können, ist offen (Breuss, 2002B).

Anhang: Einheitliches Integrationsmodell für Finnland, Österreich und Schweden

- Produktionsfunktion (Cobb-Douglas):

$$BIP = TFP K^\alpha L^{1-\alpha}$$

BIP ... reales BIP, TFP ... gesamte Faktorproduktivität (technischer Fortschritt), K ... Kapitalstock, real, L ... Beschäftigte, α ... Faktoranteile am Volkseinkommen (Nettonationalprodukt).

- Gesamte Faktorproduktivität (TFP):

$$\log(TFP) = f((\log(AP), \log(F \& E_i), m_i \cdot \log(F \& E_{EU}), \log(TFP_{-1})))$$

$F\&E$... Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozent des BIP, AP ... Arbeitsproduktivität, m_i ... Anteile der Importe des Landes i der EU an den Gesamtimporten, i ... Länder (Finnland, Österreich und Schweden).

- Inlandspreis (Deflator des privaten Konsums):

$$d \log(PK) = f(mu \cdot d \log(ULC), d \log(PM), d \log(PK_{-1}))$$

PK ... Deflator des privaten Konsums, mu ... Mark-up (Dummy für den Preiswettbewerb), ULC ... Lohnstückkosten (Lohnsumme in Prozent des BIP, real), PM ... Deflator der Importe.

- Verbraucherpreise (harmonisiert):

$$d \log(HVPI) = f(d \log(PK))$$

$HVPI$... harmonisierter Verbraucherpreisindex.

- BIP-Deflator:

$$d \log (PBIP) = f (d \log (PK), d \log (PX), d \log (PM)) ,$$

$PBIP$. . . Deflator des BIP, PX . . . Deflator der Exporte.

- Pro-Kopf-Löhne (Phillips-Kurve):

$$d \log (LB) = f (d \log (HVPI), d \log (AP), (1/U), d \log (LB_{-1})) ,$$

LB . . . Löhne je Beschäftigten, U . . . Arbeitslosenquote.

- Kapitalnachfrage (privater Sektor):

$$d \log (K) = f (Bud, d \log (BIP), d \log (FDI), R, LB) ,$$

Bud . . . Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors in Prozent des BIP, FDI . . . Einstrom von FDI aus der EU in Prozent des BIP, R . . . langfristiger nomineller Zinssatz.

- Zinssatz, langfristig:

$$R = f (BIPN, R_D, R_{-1}) ,$$

R_D . . . Zinssatz in Deutschland.

- Nachfrage nach Beschäftigten:

$$d \log (L) = f (d \log (BIP), d \log (LB), d \log (L_{-1})) .$$

- Arbeitsproduktivität:

$$AP = BIP/L .$$

- Lohnstückkosten:

$$ULC = LB/(BIP/L) = LB/BIP .$$

- Arbeitslosenquote (Okun-Beziehung):

$$U = f (d \log (BIP), U_{-1}) .$$

- Exporte in die EU, real:

$$d \log (X_{EU}) = f (d \log (BIP_{EU}), d \log (REER), PROT) ,$$

BIP_{EU} . . . reales BIP der EU, $REER$. . . real-effektiver Wechselkurs (relative Verbraucherpreise in einheitlicher Währung), $PROT$. . . Protektionismus-Dummy (Zoll- und Handelskostenabbau).

- Importe aus der EU, real:

$$d \log (M_{EU}) = f (d \log (BIP), d \log (REER), PROT, d \log (M_{EU-1})) .$$

- Anteil der Importe aus der EU:

$$m_i = M_{EU} / M_W .$$

M_W . . . reale Gesamtimporte.

- Gesamtexporte, real:

$$d \log (X_W) = f (d \log (X_{EU}), d \log (X_{W-1})) .$$

- Gesamtimporte, real:

$$d \log (M_W) = f (d \log (M_{EU}), d \log (M_{W-1})) .$$

- Verfügbares persönliches Einkommen, nominell:

$$YD = f (BIPN, YD_{-1}) ,$$

$BIPN$. . . BIP, nominell.

- Verfügbares persönliches Einkommen, real:

$$YDR = YD/PK .$$

- BIP, nominell:

$$BIPN = BIP \cdot PBIP .$$

- BIP, real (zu Kaufkraftparitäten) pro Kopf:

$$BIP_{pc} = BIP / BEV .$$

BEV . . . Bevölkerung.

- BIP, real (zu Kaufkraftparitäten) pro Kopf einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt:

$$BIP_{pc_{EU}} = (BIP + NZ) / BEV ,$$

NZ . . . Nettozahlungen an den EU-Haushalt.

Alle Gleichungen wurden mit dem Programm EVIEWS 4.0 OLS ökonometrisch geschätzt, mit Jahresdaten (wenn verfügbar) von 1960 bis 2001 (OECD Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge bzw. <http://www.sourceoecd.org>). Die dabei für die drei Länder unterschiedlich notwendigen Dummy-Variablen für Sondereffekte sind hier nicht ausgewiesen; *d log* . . . Veränderungsrate.

Literaturhinweise

- Alho, K., Erkkilä, M., Kotilainen, M. (Hrsg.), *The Economics and Policies of Integration – A Finnish Perspective*, auch Kluwer, Dordrecht, 1996.
- Allen, Ch., Gasiorek, M., Smith, A., "The Competition Effects of the Single Market in Europe", *Economic Policy*, 1998, (27), S. 439-486.
- Badinger, H., "Growth Effects of Economic Integration – The Case of EU Member States (1950-2000)", *Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Europafragen, IEF Working Paper*, 2001, (40).
- Badinger, H., *Wachstumseffekte der Europäischen Integration*, Springer-Verlag, Wien–New York, 2003.
- Badinger, H., Breuss, F., "Do Small Countries of a Trade Bloc Gain More of its Enlargement?", *Forschungsinstitut für Europafragen, Working Paper*, 2002, (46).
- Baldwin, R. E., Venables, A. J., "Regional Economic Integration", in Grossman, G., Rogoff, K. (Hrsg.), *Handbook of International Economics*, Vol. III, Elsevier Science, Amsterdam, 1995, S. 1597-1644.
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E., *Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion*, WIFO, Wien, 1997.
- Breuss, F., "Die vierte EU-Erweiterung – um Österreich, Finnland und Schweden", *WIFO-Monatsberichte*, 1995, 68(2), S. 105-125.
- Breuss, F., *Austria's Approach towards the European Union*, *Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Europafragen, IEF Working Paper*, 1996, (18).
- Breuss, F., "The Economic Consequences of a Large EMU – Results of Macroeconomic Model Simulations", *European Integration online Papers*, 1997, 1(10), <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-010.htm>.
- Breuss, F. (1999A), "Three Years in the EU: Expectations and Experiences in the Case of Austria", in Luif, P., Oberegelsbacher, K. (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, *Verwaltungsakademie des Bundes, Österreichisches Institut für Internationale Politik*, Wien, 1999, S. 17-50.
- Breuss, F. (1999B), "Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs", *WIFO-Monatsberichte*, 1999, 72(8), S. 551-575, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8280.
- Breuss, F. (2000A), "An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership", *Austrian Economic Quarterly*, 2000, 5(4), S. 171-196, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19525.
- Breuss, F. (2000B), "Die Wirtschafts- und Währungsunion und ihre Folgen", in Breuss, F., Fink, G., Griller, St. (Hrsg.), *Vom Schuman-Plan zum Vertrag von Amsterdam: Entstehung und Zukunft der EU*, Springer-Verlag, Wien–New York, 2000, S. 273-309.
- Breuss, F., "Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", *WIFO-Monatsberichte*, 2001, 74(11), S. 655-666, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20937.
- Breuss, F. (2002A), "Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU", *WIFO-Monatsberichte*, 2002, 75(9), S. 581-607, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22726.
- Breuss, F. (2002B), "Benefits and Dangers of EU Enlargement", *Empirica*, 2002, 29(3), S. 245-274.
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck, F., "Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren", *WIFO-Monatsberichte, Sonderheft*, Mai 1994, S. S18-S33.
- Calmfors, L., Flam, H., Gottfries, N., Jerneck, M., Lindahl, R., Haaland Matlary, J., Nordh Bertsson, Ch., Rabinowicz, E., Vredin, A., *EMU – A Swedish Perspective*, Kluwer Academic Publishers, Amsterdam, 1997.
- Casella, A., "Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocs", *European Economic Review*, 1996, 40(2), S. 389-415.
- Catinat, M., Donni, E., Italianer, A., "The Completion of the Internal Market: Results of Macroeconomic Model Simulations", *Europäische Kommission, Economic Papers*, 1988, (65).

- Coe, D. T., Helpman, E., "International R&D Spillovers", *European Economic Review*, 1995, 39(5), S. 859-887.
- Dahl, L., "Effects of the Internal Market and EU Membership on Sweden", in Luif, P., Oberegelsbacher, K. (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, 1999, S. 51-76.
- Europäische Kommission, "Economic Evaluation of the Internal Market", *European Economy, Reports and Studies*, 1996, (4).
- Europäische Kommission, Euro 1999 – Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlungen für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, Brüssel, 25. März 1998.
- Europäische Kommission, "Fusionen und Übernahmen", *Europäische Wirtschaft, Beiheft A: Wirtschaftsanalysen*, 2001, (12).
- Europäische Kommission (2002A), "10 Years Internal Market without Frontiers", *Internal Market Scoreboard, Special Edition*, 2002, (11).
- Europäische Kommission (2002B), Zweiter Benchmarkingbericht über die Vollendung des Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktes, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, SEK(2002 1038), Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002C), Aufteilung der operativen EU-Ausgaben 2001 nach Mitgliedstaaten, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002D), "Autumn 2002 Economic Forecasts", *European Economy*, 2002, (5).
- Europäische Kommission (2002E), Die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union: XXXI. Bericht über die Wettbewerbspolitik 2001, Generaldirektion Wettbewerb, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002F), Eurobarometer 57 – Spring 2002, EU15 Report, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002G), Mid-term Review of the Common Agricultural Policy, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, COM(2002) 394 final, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002H), "Der Binnenmarkt – 10 Jahre ohne Grenzen", *Special Edition*, 2002, (11).
- Europäische Kommission (2002I), *The EU Economy: 2002 Review*, ECFIN/475/02-EN, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002J), Der Stand des Binnenmarktes für Dienstleistungen. Bericht im Rahmen der ersten Stufe der Binnenmarktstrategie für den Dienstleistungssektor, Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM (2002) 441 endg., Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission, *Finanzdienstleistungen. Achter Fortschrittsbericht*, Brüssel, 2003.
- Europäische Kommission, Eurostat, *Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit im Jahr 2001: Europäische Union und Beitrittsländer, Themenkreis 5: Landwirtschaft und Fischerei*, Brüssel, 2002.
- Europäisches Währungsinstitut (EWI), *Konvergenzbericht. Nach Artikel 109j des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgeschriebener Bericht*, Frankfurt, 1998.
- Flam, H., "From EEA to EU: Economic Consequences for the EFTA Countries", *European Economic Review*, 1995, 39(3-4), S. 457-466.
- Frankel, J., Rose, A. K., "The Endogeneity of Optimum Currency Area Criteria", *The Economic Journal*, 1998, 108(2), S. 1009-1025.
- GATT, *The Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations: Market Access for Goods and Services. Overview of the Results*, Genf, 1994.
- Gianetti, M., Guiso, L., Jappelli, T., Padula, M., Pagano, M., "Financial Market Integration, Corporate Financing and Economic Growth", *European Economy, Economic Papers*, 2002, (179).
- Haaland, J. I., "Welfare Effects of 1992: A General Equilibrium Assessment for EC and EFTA Countries", *Empirica*, 1993, 20(2), S. 107-127.
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., "Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications", *Economic Policy*, 1996, (22), S. 155-211.
- Kokko, A., "Sweden: Effects of EU Membership on Investment and Growth", *The World Economy*, 1994, 17(5), S. 667-677.
- Krugman, P. R., *Geography and Trade*, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1991.
- Martin, St., "Competition Policy", in Artis, M., Nixon, F. (Hrsg.), *The Economics of the European Union: Policy and Analysis, Third Edition*, Oxford University Press, Oxford–New York, 2001.
- Nicoletti, G., Scarpetta, St., "Regulation, Productivity and Growth: OECD Evidence", *Economic Policy*, 2003, (36), S. 9-72.
- Norman, V., "EFTA and the Internal European Market", *Economic Policy*, 1989, (9), S. 423-465.
- Paparella, D., *Internationale Standardisierung: Eine Analyse u. a. anhand der Entwicklungen in der EU, den USA und in der WTO*, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, 2002.
- Persson, T., "Currency Unions and Trade: How Large is the Treatment Effect?", *Economic Policy*, 2001, (33), S. 435-448.
- Roeger, W., Sekkat, K., *The Macroeconomic Effects of the Single Market Program after 10 Years*, Hintergrundpapier der Europäischen Kommission, II-A-1/W D(2002) Brüssel, 2002, http://europa.eu.int/comm/internal_market/10years/background_en.htm.
- Rose, A. K., "One Money, one Market: The Effect of Common Currencies on Trade", *Economic Policy*, 2000, (30), S. 8-43.

- Rose, A. K., "Currency Unions and Trade: the Effect is Large", *Economic Policy*, 2001, (33), S. 449-461.
- Salgado, R., "Impact of Structural Reforms on Productivity Growth in Industrial Countries", IMF Working Paper, 2002, (WP/02/10).
- Sauter, W., "Competition Policy", in El-Agraa, A. M. (Hrsg.), *The European Union: Economics & Policies*, Sixth Edition, Pearson Education Ltd., Financial Times, Prentice Hall, Harlow, 2001.
- Schwarzbichler, M., *Die österreichische Gaswirtschaft im Rahmen der europäischen Liberalisierung*, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien, 2003.
- Sinabell, F., Schmid, E., "Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft", *WIFO-Monatsberichte*, 2003, 76(6), S. 425-440, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24272.
- Tarantola, S., Saisana, M., Saltelli, A., *Internal Market Index 2002: Technical Details of the Methodology*, Joint Research Centre European Kommission, Institute for the Protection and Security of the Citizen Technological and Economic Risk Management Unit, Ispra, 2002.
- Widgrén, M., "EU Membership's Consequences for the Finnish Economy: Estimates before Membership and First Experiences", in Luif, P., Oberegelsbacher, K. (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, 1999, S. 77-84.
- World Economic Forum (WEF), *Global Competitiveness Report 2002-2003*, Genf, 2002.

Austria, Finland and Sweden in the European Union

Economic impacts

The European Union is faced with the most extensive enlargement in its history. Economic integration has made rapid progress over the past decade. After establishing its single market in 1993, the EU achieved the highest feasible level of economic integration by introducing its single currency (the euro) within the scope of economic and monetary union (EMU) in 1999. Austria, Finland and Sweden joined the EU in 1995. Whereas both Finland and Austria are members of the single market and EMU, Sweden has so far held back in introducing the euro. Generally seen, the three countries have experienced different courses in their economic development. Since 1995, real GDP has grown faster in Finland and Sweden than in Austria. Finland and Sweden profited from a strong catching-up process following a major recession in the early 1990s. On the other hand, Austria could boost its per capita GDP at a greater rate than the two other countries. Measured as per capita GDP at purchasing power parities, Austria is the fourth-richest country among the EU-15, following Luxembourg, Denmark and Ireland, with Finland ranking seventh and Sweden twelfth. At over 9 percent, unemployment in Finland is still double that of Austria and Sweden, in spite of its high growth rate in recent years. In all the three countries, inflation has approached the EU average of about 2 percent. Economic structures differ greatly between the three countries: whereas Austria is still dominated by medium- and small-scale enterprises, both Sweden and Finland can boast of multinationals of global standing. Interestingly enough, neither of the three countries has experienced the trade-generating effects expected from EU membership. Both exports into and imports from the EU have actually declined when measured against figures previous to 1995. What did rise was trade with Central and Eastern European countries.

The extent to which citizens are satisfied with membership in the European Union is also mirrored in its effect on the economy. According to a Eurobarometer poll, Swedes are least convinced of the benefits of EU membership, whereas a large and similar number of Finns and Austrians approve of membership. An integration model is used to estimate the overall economic effects of EU integration in the three countries. According to this model, Finland appears to have profited most from EU membership in economic terms (0.8 percent greater annual GDP growth since 1995), followed by Austria (+0.4 percent) and Sweden (+0.3 percent). Competitive pressure has contributed to a slowdown of inflation in all three countries.